Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 300. Montag, den 23. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der gegenwärtige Stand der Reichswohnungsreform.

Von Paul Göhre, M. d. R.

Zu den wenigen neuen großen Aufgaben, an deren Lösung der neue Reichstag heranzutreten sich entschlossen hat, gehört die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Die Angelegenheit eines solchen Reformgesetzes ist jetzt soweit gediehen, daß es wünschenswert erscheint, daß nunmehr auch in den Einzelstaaten und von diesen aus zu ihrer weiteren Förderung eingegriffen wird.

Schon die zwei früheren Reichstage, der von 1903 bis 1906 und der von 1907 bis 1911, haben sich alljährlich mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Doch geschah es nur wenig nachdrücklich. Und immer, wenn sie im Reichstag zur Erörterung kam, gab die Reichsregierung zur Antwort, daß ihre Regelung nicht Sache des Reiches, sondern der einzelnen Bundesstaaten sei. Das wurde erst anders, nachdem der jetzige Reichstag zusammengetreten war. Gleich bei seiner Eröffnung lagen Anträge sowohl der Sozialdemokraten wie der Nationalliberalen, Polen, des Zentrums und der Konservativen vor, die, im Wortlaut zwar unter sich verschieden, doch alle gleichermaßen die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes verlangten. Bei der weiten Beratung des Haushalts des Reichsamts des Innern wurden diese Anträge nochmals, und zwar nun als Resolution eingebracht und in dieser Fassung auch beraten. Schon bei dieser Beratung war seitens der Reichsregierung eine kleine Schwankung von ihrem bisherigen Standpunkt weg zu bemerken. Sie erklärte zwar durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß sie noch immer der Meinung sei, daß die Einzelstaaten die zur Lösung des Problems am nächsten Berufenen und Verpflichteten seien, aber sie fügte auch hinzu, daß, sollten diese nicht zur Erfüllung ihrer Pflichten zu bewegen sein, allerdings schließlich das Reich einspringen haben würde. Auch stellte der Staatssekretär in Aussicht, daß er erwägen wolle, ob nicht der Reichszuschuß zum Bau von Beamten- und Arbeiterwohnungen für Reichsangestellte in der Höhe von jährlich 2 bis 4 Millionen Mark zu vergrößern und ein Teil als Garantiefond zur Beschaffung billiger Hypotheken für Erbbaupachtwohnhäuser zu verwenden sei. Damit war in der Tat der rein ablehnende Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage durchlöchert; eine erste Geneigtheit, an ihre Lösung heranzugehen, machte sich bemerkbar.

Diese Beobachtung veranlaßte die Parteien des Reichstags zu einem neuen, nun schon energischeren Schritt nach vorwärts. Die beratenen Resolutionen wurden zur weiteren Bearbeitung einer 21gliedrigen Kommission überwiesen, in der die Sozialdemokratie sieben Sitze erhielt. Nach dem Zusammentritt dieser Kommission stellte es sich aber alsbald heraus, daß die Regierung entschlossen war, zunächst nicht weiter zu gehen und mit der Kommission in weitere Beratungen nicht einzutreten. Die Regierungsvertreter erklärten, nur Zuhörer, also eine Art Gäste und nur zur Erteilung von Auskünften bereit sein zu wollen. Die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung schien sich also auf die Dauer in einer Art von passiver Resistenz dokumentieren zu wollen.

Die Kommission war natürlich wenig davon erbaut. Aber anstatt sich dadurch ins Bockshorn jagen zu lassen, trat sie nun während des ganzen Frühjahrs 1912 ihrerseits in weitere Beratungen ein. Eine Unterkommission wurde gebildet und auf Grund von Vorarbeiten, die diese machte, schließlich eine Resolution ausgearbeitet, der alle Parteien, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, ihre Zustimmung gaben. Am letzten Tage der Frühjahrssession des Reichstags, am 22. Mai 1912, ist diese dann dem Plenum des Reichstags vorgelegt und hier, wiederum einstimmig, und ohne daß viel Worte dabei gemacht wurden angenommen worden. Der Wortlaut dieser Resolution ist folgender:

I. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Tagung Gesetzentwürfe betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, die folgende Grundsätze enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.

2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bezw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen.

3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefdarlehen auf Hausgrundstücke als auch an Privatpersonen zu gewähren.

4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens.

5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse des Kleinwohnungsbaues.

II. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungspflicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

III. Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde,

1. durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie Zwecks weiträumiger Bebauung und Dezentralisation der Besiedelung unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land,

2. durch Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen,

3. durch Gewährung des Enteignungsrechtes an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mißständen im Bebauungs- und Wohnungswesen.

Sieht man sich den Inhalt an, so muß man anerkennen, daß er verhältnismäßig äußerst reichhaltig ist, das ist umsomehr zu unterstreichen, als der Reichstag sich, wie gesagt, einstimmig auf sie vereinigt hat — eine Erscheinung, die äußerst selten ist, und daher ein Beweis, wie ernst es ihm mit der Reform des Wohnungswesens zu tun ist. Die Resolution setzt alle wichtigen Punkte fest, an denen nach der Ueberzeugung erprobter Fachmänner auf diesem Gebiete eine erfolgreiche Wohnungsreform einzugreifen hat. Zugleich wird sie in einem wichtigen Punkte der bisherigen Regierungsansicht gerecht, sie anerkennt, daß in der Tat verfassungsmäßig auch den Einzelstaaten ein Teil des Gebiets der Wohnungsreform zu überlassen ist, andererseits aber umschreibt sie auch klar und fest dasjenige Gebiet, wo allein das Reich mit Erfolg reformieren und einzugreifen berufen und in der Lage ist.

Während des Sommers 1912, während der Reichstag in den Ferien war, ist diese seine Resolution draußen im Reich auf Kongressen mehrfach Gegenstand eindringlicher Beratungen von Wohnungsreformern gewesen, teilweise sogar auch die Grundlage fester Beschlüsse und Forderungen derselben geworden. Unter allen sei hier nur die zweite deutsche Wohnungskonferenz genannt, die der deutsche Verein für Wohnungsreform mit den Vertretern aller bürgerlichen Wohnungsreformorganisationen Anfang November dieses Jahres veranstaltet hat. Auf ihr war so ziemlich alles vertreten, was mit einigem Ernst eine Reichswohnungsreform im bürgerlichen Lager betreibt. Und gerade auf dieser Konferenz hat die Reichstagsresolution eine besonders eingehende Würdigung und Unterstützung gefunden.

Die Hauptfrage war freilich, wie die Reichsregierung auf diese einmütige Aktion des Reichstags vom 22. Mai 1912 reagieren würde. Die Antwort darauf ist erfolgt, nachdem der Reichstag Ende November wieder zusammengetreten war. Auf eine Anfrage des Unterzeichneten an die Regierung erklärte dieselbe in der Sitzung vom 29. November wörtlich folgendes:

Die Resolutionen des Reichstages über die Wahnungsreform sind vom Bundesrat dem Herrn Reichskanzler überwiesen worden. Der Herr Reichskanzler ist sofort mit den zuständigen Behörden in eine Erörterung eingetreten, die nach manchen Richtungen Schwierigkeiten bieten. Es wird sich darum handeln, die Grenzen der Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Einzelstaaten festzustellen. Darüber finden eingehende kommissarische Beratungen statt, die nach Möglichkeit gefördert werden. Ich vermag aber nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob es möglich sein wird, dem hohen Hause noch in dieser Tagung den Gesetzentwurf vorzulegen.

Diese Antwort wurde dann noch in einer alsbald einberufenen Sitzung der Wohnungskommission durch weitere Erklärungen eines anderen Regierungsvertreters ergänzt. Aus ihnen ergab sich, daß die Regierungen mehrerer Bundesstaaten auf die Verhandlungen der Reichsregierung überhaupt noch nicht ernstlich eingegangen sind. Unter denen aber, die in sie eingetreten sind, gibt es einige, die noch heute die Meinung vertreten, die Wohnungsreform sei allein Sache der Einzelstaaten, nicht des Reichs.

Mit dem Vorstehenden ist der gegenwärtige Stand der Bewegung auf Schaffung einer gründlichen Wohnungsreform in Deutschland charakterisiert. Aus ihm geht etwa folgendes Wichtige hervor: Die Reichsregierung hat offenbar ihren bis Frühjahr 1912 innegehabten ablehnenden Standpunkt modifiziert. Sie wäre unter Umständen bereit, eine Wohnungsreform, soweit sie verfassungsmäßig durch das Reich möglich ist, in die Wege zu leiten, zunächst einmal durch Schaffung eines Reichswohnungsaufsichtsgesetzes und alsdann durch Errichtung eines Hypothekengarantiefonds für Erbbaupachtwohnhäuser. Der Widerstand liegt nunmehr bei einer Reihe von Einzelstaaten. Einen von ihnen hat Genosse Dr. Frank in seiner Etatsrede bereits genannt: es ist Preußen. Die anderen aber sind noch unbekannt. Nach den Andeutungen des Regierungsvertreters sind sie jedoch nur unter den süddeutschen Staaten Hessen, Württemberg und Bayern zu suchen. Denn nur diese vier sind es, die schon Wohnungsaufsichtsgesetze oder doch Ministerialverordnungen über Wohnungsaufsicht besitzen. Soll also der Karren der Reichswohnungsreform nicht im partikularistischen Dreck stecken bleiben, so ist nun die nächste Aufgabe, in den Einzelstaaten den Hebel anzusetzen.

Das nächste wäre, daß die einmütige Aktion der Parteien des Reichstags sich nunmehr in die Landtage fortsetzte. Das heißt, daß überall, wo diese Landtage in diesem Winter tagen, dort alsbald ähnliche Resolutionen wie die im Frühjahr 1912 im Reichstag beschlossene in diesen Einzellandtagen eingebracht und die Regierungen aufgefordert werden, ihren Widerstand gegen eine Reichswohnungsreformgesetzgebung aufzugeben.

Was sonst noch in dieser Richtung geschehen könnte, muß von den Anhängern der Reichswohnungsreform und insbesondere von den Parteigenossen an Ort und Stelle erwogen werden. Jedenfalls tut Eile not. Denn die Erklärung des Regierungsvertreters in der Sitzung der Wohnungskommission des Reichstags schloß mit der Mitteilung, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen eine endgültige Stellungnahme des Bundesrats zu erwarten sei. Es besteht also die Gefahr, daß durch die ablehnende Haltung einzelner einflußreicher Bundesstaaten der Wille der Reichsregierung zur Reform wieder gebrochen werden könnte. Das aber muß auf alle Fälle und mit allen möglichen und erlaubten Mitteln schleunigst verhütet werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Bruderzwist zwischen Blauen und Schwarzen in Schlesien.

Eine heftige Fehde zwischen Konservativen und Zentrümlern ist im Kreis Breslau-Land-Neumarkt ausgebrochen. Dort haben die Klerikalen den konservativen Grafen Carmer bei den letzten Reichstagswahlen gegenüber dem Sozialdemokraten herausgehauen und zwar gegen das Versprechen, dafür einen der Landtagssitze zu erhalten. Da die Konservativen bekanntlich vom Stamme „Nimm“ sind, verweigern sie jetzt dieses Mandat. Der Zentrumsführer Graf Henkel-Romolkwitz, der das Mandat schon in der Tasche hatte, erklärt jetzt, das Zentrum sei „hinters Licht geführt“ und das nächste Mal würde man sich der Stimme enthalten und „den Sozialisten obsiegen“ lassen. Der Konservative, so fügte man hinzu, dürfte nicht mehr gewählt werden — das verbiete schon die Verschiebung der innerpolitischen Lage! — Die treuen Seelen finden sich wohl doch wieder.

Die Nationalflugspende.

Eine Anzahl „Repräsentanten des deutschen Volkes“ kamen im April d. Js. auf den Gedanken, die Öffentlichkeit für eine deutsche Nationalspende zu animieren. Prinz Heinrich von Preußen, Graf Posadowsky und der Bankier Mendelssohn standen an der Spitze dieses nationalen Werkes; ihnen folgten andere Namen von gutem deutschem Klange wie Stern, Salomonsohn, Sigismund und Semlinger und außer diesen etliche Scharfmacher, wie der Abg. Arendt, der Landrat Röttger vom Zentralverband deutscher Industrieller, sowie zahlreiche Militärs und Parlamentarier. Wo solche Kräfte sich zum guten Werk vereinigen, muß schon etwas Rechtes herauskommen, und am Freitag konnte die Berliner bürgerliche Presse denn auch mit dem Ergebnis aufwarten, daß bis zum 15. Dezember alles in allem 7 234 506 Mk. und 29 Pfennige zusammengekommen waren. Das ist ein ansehnlicher Betrag. Die Einzelsummen verleiten allerdings zu etlichen Betrachtungen. Daß die rheinisch-westfälische Großindustrie sich bei dieser Gelegenheit nicht lumpen lassen würde, war vorauszusehen. Die beiden preußischen Schlotjunkerprovinzen Rheinland und Westfalen brachten allein mehr als den fünften Teil der Gesamtsumme, nämlich 1 527 502,96

Mark auf. Den Grubenherren und Essenbesitzern hat der Patriotismus immer noch reichen Segen gebracht und auch in diesem Falle wird die Freigebigkeit schon ihren Lohn finden. Auch daß Hamburg 253 346,23 Mark gespendet hat, darf nicht wundernehmen, ebenso, daß die Deutschen im Auslande 217 878,24 Mk. zeichneten. Wie anders aber wirken die Zeichen auf den Betrachter ein, wenn er die Blicke von Westen nach dem Osten des Vaterlandes wendet. Wenn eine Menschengattung moralische Ursache hätte, bei patriotischen Spenden den Beutel aufzutun, so wären es unsere Junker, die auf Kosten des deutschen Volkes ausgehalten werden und nach ihrem eigenen Zeugnis im Zeichen des Zollwuchers und der Güterpreissteigerung höchst erträgliche Tage verleben. Aber wie dereinst die Wasserflotte, so scheint auch die Luftflotte den Junkern einfach gräßlich zu sein. Pommern hat ganze 68 254,63 Mark losgeackert, Posen noch viel weniger, nämlich 19 101,29 Mk., Westpreußen gar nur 7751,64 Mk. und Mecklenburg-Schwerin die lächerlich geringe Summe von 2775,18 Mk. Was man auch unsern Junkern nachsagen mag, den Mut der Konsequenz besitzen sie. Mag auch das Vaterland darob zugrunde gehen; kein patriotischer Rummel bringt sie je von der eisernen Betätigung des Grundsatzes ab, daß für die Stützen von Thron und Altar in allen Fällen Nehmen seliger ist als Geben, und daß das Zahlen besser anderen Leuten überlassen bleibt.

Mag nun auch an den Junkern die größere Folgerichtigkeit zu rühmen sein, so ist damit doch nicht gesagt, daß Großindustrie und Großkaufmannschaft bei den Gaben für die Nationalspende ihr Geld in den Wind geworfen haben. Der Protektor der Sammlung, Prinz Heinrich von Preußen, bemerkt bereits in seiner Dankeskundgebung, daß das Flugwesen jetzt zum Gedeihen der Industrie und zum Wohle des Vaterlandes gefördert werden könne. Noch deutlicher wird die alldeutsche „Tägliche Rundschau", indem sie schreibt:

„Wir sind über das erste Tasten und Versuchen heraus, wir besitzen Luftfahrzeuge aller Art, die in jeder Beziehung kriegsbrauchbar sind. Was uns fehlt, sind noch Flugstützpunkte, Luftschiffhäfen, Fliegerfürsorge, Prüfungsämter und vor allem: die Unterstützung der emporstrebenden Industrie, die sich mit Herstellung der Luftfahrzeuge befaßt und dabei um das bißchen Rente ringen muß, weil es sich weder um Massen-, noch um Luxusartikel, sondern im Grunde lediglich um Spezialmaschinen für unsere Wehrmacht handelt."

Das bedeutet also, in eine deutliche Sprache übertragen: daß dem deutschen Volke die fröhliche Aussicht blüht, jedes Jahr an Steuern etwa sieben Millionen für aeronautische Mordwerkzeuge und deren Zubehör blechen zu müssen.

Die geistigen Waffen der Frommen.

Unter Anleitung der oberschlesischen klerikalen Presse sind in den letzten Monaten alle von Freidenkern und Freireligiösen anberaumten Versammlungen durch Tumulte religiöser Fanatiker unmöglich gemacht worden. Selbst vor dem Werfen von Stinkbomben und dem Anzünden chemischer Präparate schreckten die klerikalen Helden nicht zurück. Jetzt schreibt das Zentrumsblatt im Industrierevier, der „Oberschlesische Kurier", im Anschluß an diese Vorkommnisse:

„Die Freidenker können sich über ihre Behandlung in Oberschlesien nicht beklagen. Wenn das katholische Volk etwas mehr Galle hätte, es würde diese Leute, bei der Art, wie sie hier den Kampf treiben, mit Knüppeln über die Stadtgrenze jagen. Das haben sie verdient."

Wenn es also demnächst zu blutigen Schlägereien kommt, weiß man, wer diese Rezepte der Sanftmut und Duldsamkeit gerade in der Weihnachtswoche herausgegeben hat.

Der loyale Hertling.

Durch einen in den Amtsblättern veröffentlichten Erlaß des bayrischen Staatsministeriums sind die königlichen Regierungskammern des Innern und die Distriktspolizeibehörden auf den Jesuitengesetz-Beschluß des Bundesrats vom 28. v. M. und die darin gegebene Begriffsbestimmung für „Ordenstätigkeit" hingewiesen worden. In dem Erlaß heißt es: „Der Bundesratsbeschluß vom 28. vor. Mts. der den bisher nicht näher umschriebenen Begriff der verbotenen Ordenstätigkeit authentisch abgrenzt, ist für die Bemessung dieses Begriffs nunmehr ausschließlich maßgebend; durch diesen Beschluß sind alle früheren vor der authentischen Auslegung erteilten Vollzugsanweisungen ohne weiteres erledigt." Die Vollzugsbehörden werden auf den Bundesratsbeschluß, den sie ihrem Verfahren fortan zugrunde zu legen haben, noch besonders hingewiesen.

Vermutlich will Hertling durch diesen Loyalitätsakt dem Zentrum erleichtern, hinterrücks den Kampf um so rücksichtsloser gegen die Reichsregierung zu führen.

Die Kriegshetzer am Werke.

Das offizielle Organ der ostpreußischen Junker, die „Ostpreußische Zeitung", die gleichzeitig amtliches Anzeigeblatt ist, bringt in Nr. 349 einen Artikel, der an Kriegshetze alles übertrifft, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Es heißt in ihm:

„Es ist eine böse Eigenart des Germanen, sich Drohungen seiner Feinde solange gefallen zu lassen, bis diese dreist genug geworden sind und zuschlagen. Und so auch jetzt wieder. Ist es nicht besser, diesen ewigen halbmobilen Zustand für absehbare Zeiten dadurch zu beseitigen, daß des viel zu viele Ducken endlich einmal unterbleibt und die Autorität auch bei uns einmal freiwillig zur Geltung kommt! Es gibt noch heute Völker, bei denen der Tod für das Vaterland der ehrenvollste ist, und wenn auch Deutschland heute noch zu dieser alten Germanentradition hält, warum dann dieser ewige Diplomaten-Eiertanz .... Wir tun uns immer so viel darauf zu gute, ein mächtiges und starkes Volk zu sein, das sich vor niemandem fürchtet. Wenn es aber Taten zu zeigen gilt, dann schläft der Geist des großen Friedrich, und wir verlegen uns aufs Feilschen und Handeln .... Statt an zukünftige Expansionen und an Stärkung des Vaterlandes zu denken, statt zu rechnen, wieviel Feindesland zur Arrondierung unserer Grenzen nötig sei, schaut die bleiche Furcht aus allen Ecken, und alles geht nur darauf aus, zu retten, was zu retten ist. Eine große Schuld an dieser Denkungsart trägt der Gesetzwebestuhl in Berlin, der sein möglichstes tut, um verantwortungsvolle Menschen zu Nürnberger Puppen zu stempeln. Ein Deutscher von heute kann ganz ohne Pflichtgefühl auskommen .... Und dieser Zustand ist der beste Nährboden für den schnellen Nachwuchs der roten Partei und deren Blüten, jenen vaterlandslosen Gesellen, die im Auslande das Vaterland verraten und dann ungestraft die Sessel des Reichstagshauses mit ihrer Anwesenheit — schmücken dürfen. Wie würde ein frischer, freier Krieg hier aufräumen, von den hundertzehn im Reichstage würden nicht mehr viel übrig bleiben ...."

Der Artikel spricht dann von der auf Filzsohlen gehaltenen Armee, von der ultravorsichtigen Bewegung unserer Diplomatie und meint am Schlusse, daß viele auf jenen starken Mann warteten, der uns unseren von feindlichen Bäumen so stark beschatteten Platz an der Sonne so freilege, daß er ausreiche für alle Deutschen und so bald nicht wieder überwuchert werden könne.

Es wird hier offen ausgesprochen, was man in den Junkerkreisen wünscht. Ein Krieg soll angezettelt werden, damit die Sozialdemokratie vernichtet und das Volk seiner letzten Rechte beraubt werden kann. Und zu diesem Zweck soll namenloses Elend über Europa gebracht, sollen hunderttausende Menschen getötet werden. Es sind „Christen", „wahrhaft national Gesinnte", die das fordern.

Der Wahlrechtsraub in Reuß j. L. perfekt.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat ihre Früchte getragen: in namentlicher Abstimmung nahm am Sonnabend der Landtag des kleinen Fürstentums Reuß j. L. das Pluralwahlrecht mit 9 gegen 6 Stimmen in dritter Lesung endgültig an. Alle bürgerlichen Parteien leisteten der Regierung Henkerdienste, auch der Freisinn war dabei! Für diese Kulturtat sprach der Staatsminister den bürgerlichen Abgeordneten seinen Dank aus und schickte dann den Landtag bis März 1913 nach Hause. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...

Rücktritt des württembergischen Ministers v. Pischek.

Eine kurze Antwort auf den Sieg des schwarzblauen Blocks bei den württembergischen Landtagswahlen hat den Minister des Innern, D. v. Pischek gegeben. Am Freitag wurde das endgültige Wahlergebnis bekannt; am Sonnabend berichtete der „Staatsanzeiger" über den Rücktritt des Herrn v. Pischek, den die „Schwäbische Tagwacht" kürzlich als nahe bevorstehend angekündigt hatte. Das Ministerium des Innern übernimmt der bisherige Kultusminister v. Fleischhauer, der bisher in der inneren Verwaltung tätig war. Als Kultusminister, der vor drei Jahren das neue Volksschulgesetz durchführte, würde er gegenüber der schwarzblauen Herrschaft des neuen Landtages einen sehr schweren Stand haben. Darum will er sein Glück als Minister des Innern versuchen. Zum neuen Kultusminister wurde der Präsident des Evangelischen Konsistoriums, Dr. v. Habermas ernannt, der offenbar die Nationalliberalen und die Konservativen einander noch etwas näherbringen soll. Herr v. Pischek stand seit dem Jahre 1894 an der Spitze des Ministeriums des Innern. In seinen ersten Amtsjahren zeigte er wenig Verständnis für die Sozialdemokratie. Auch im vorigen Jahre, bei der Debatte über die Frage der Bestätigung eines sozialdemokratischen Bürgermeisters für Stuttgart, behandelte er die Sozialdemokratie als eine Partei minderen Rechts. Aber er hat im Laufe der Jahre doch sehr viel hinzugelernt, und verstand es schließlich, mit unserer Fraktion zusammen zu arbeiten. Unter der Verwaltung des Ministers wurde die neue Gemeindeordnung geschaffen, durch welche die lebenslängliche Amtsdauer der Ortsvorsteher beseitigt wurde. Ferner brachte der Minister mit Unterstützung der Sozialdemokratie die neue Bauordnung zustande, und als letztes und bestes Werk das neue Schulartzigesetz, das von den Konservativen aufs schärfste bekämpft wurde. Die Stellung der Konservativen gegenüber Herrn v. Pischek ergibt sich aus der von einem ihrer Führer in die Bevölkerung geschleuderten Bemerkung, daß es schwerer sei, eine neue Kuhmagd zu finden, als einen neuen Minister des Innern. Es ist begreiflich, daß sich der Minister vor derartigen Säulen der staatlichen Autoritäten nicht verbeugen möchte.

Zentrumsniederlage im elsaß-lothringischen Landtage.

In der letzten Budgetkommissionssitzung wurde der Zentrumsantrag auf Erhöhung der Gehälter der Geistlichen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, der verlangt, daß der Austritt aus der Kirche gesetzlich geregelt wird. Angenommen wurde jedoch ein Antrag der Lothringer, nach welchem die Regierung ersucht wird, dem Landtage eine Denkschrift zugehen zu lassen, in der die vertraglichen Verpflichtungen des Staates gegenüber den Religionsgemeinschaften eingehend dargelegt werden.

Österreich-Ungarn.

Im Wiener Gemeinderat geht es jetzt heiter zu, nachdem der Nachfolger Luegers, Bürgermeister Neumayer, demissioniert hat. Sonnabend kam es zu argen Szenen, die veranlaßt wurden durch die Christlich-Sozialen, indem diese sich geradezu rüpelhaft benahmen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Galerie sowie die Journalistenloge geräumt. Auch im Saal entstand ein derartiger Tumult, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Die ungarische Wahlrechtsvorlage. Der von der Regierung so sorgsam behütete Wahlrechtsplan ist nun veröffentlicht. Das sozialdemokratische Parteiorgan mußte sich in den Besitz des als Staatsgeheimnis behandelten Schriftstückes zu setzen, und die Nummer vom Sonnabend bringt nun den ganzen Wahlrechtsgesetzentwurf. Dieses Wahlrechtsgesetz ist das perfideste, was ein Menschenhirn ausdenken kann. Es hat folgenden Inhalt: Eine allgemeine Forderung für alle Wähler ist das fünfjährige Staatsbürgerrecht. Als zweite Hauptbedingung folgt die einjährige Seßhaftigkeit, von der jedoch Geistliche, Lehrer und Staatsbeamte ausgenommen werden. Sodann folgt die Altersgrenze. Die Wähler werden in zwei Alterskategorien eingeteilt: 24 Jahre und 30 Jahre. Mit dem 24. Lebensjahre besitzt das Wahlrecht jeder, der eine Mittelschule, Gymnasium, Oberrealschule oder eine der im Range gleichstehenden landwirtschaftlichen und kommerziellen Schulen durchgemacht hat, also das sogenannte Maturitätszeugnis besitzt. Ein Alter von 30 Jahren wird von allen anderen Wählern gefordert, um in den Besitz des Wahlrechts zu gelangen. Auch bei den 30jährigen zeigen sich verschiedene Abstufungen. Eine Bedingung für einen Teil lautet: Wer ungarischer Staatsbürger seit 5 Jahren, ein Jahr seßhaft ist und eine sechsklassige Volksschule oder eine im selben Range stehende Schule absolviert hat, ist Wähler; ferner, wenn er im Handel, in der Industrie oder im Bergwerk beschäftigt ist, jedoch nicht als Tagelöhner oder in den landwirtschaftlichen Betrieben als Vorarbeiter, Aufseher, Partieführer oder wenn er eine höhere Funktion dort ausübt. Demnach ist die ganze landwirtschaftliche Arbeiterschaft ausgeschlossen. Eine zweite Gruppe von Wählern wird errichtet für alle diejenigen, die das ungarische Staatsbürgerrecht seit fünf Jahren besitzen, einjährige Seßhaftigkeit nachweisen, lesen und schreiben können, jedoch keine sechsklassige Volksschule absolviert haben. Von diesen wird wieder gefordert, daß sie im Handel, in der Industrie oder in den Bergwerken wenigstens 2 Jahre bei demselben Arbeitgeber tätig sind. Derjenigen Gruppe der Wähler, die lesen und schreiben kann, aber keine sechsklassige Volksschule besucht hat, gehören auch die Männer an, die, wenn sie nicht in Handel oder Industrie beschäftigt sind, jedoch 20 Kronen direkte Einkommensteuer zahlen oder 8 Joch Feld besitzen. — Für die Analphabeten ist wieder eine andere Gruppe errichtet. Wenn der Betreffende nicht lesen oder schreiben kann, jedoch 40 Kronen direkte Einkommensteuer zahlt oder 16 Joch Feld besitzt, der ist Wähler. Sämtlichen Wählern, die nach dem alten Wahlrecht Wähler sind, bleibt das Wahlrecht bis zu ihrem Absterben sicher. Das Wahlrecht ist im ganzen Lande öffentlich, mit Ausnahme der Städte, welche ihre selbständige Autonomie besitzen. Dieses Wahlrechtsgesetz kann unmöglich den Reichstag passieren, da es ein Gesetz ist, in welchem die Arbeiter direkt entrechtet sind.

Balkan.

Die Friedenskonferenz beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Waffenstillstand mit Griechenland und die Verproviantierung Adrianopels. Letztere war von den türkischen Delegierten als Vorbedingung für die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland gestellt worden. Die Konferenz erklärte, daß diese Frage durch den Waffenstillstand geregelt sei und nicht der Kompetenz der Konferenz unterstehe. Darauf erklärten die türkischen Delegierten, daß sie angesichts dieser Lage erst ihrer Regierung berichten müßten. Am Montag nachmittag gehen die Verhandlungen weiter.

Die Botschafter-Konferenz hat Sonnabend ein gut Stück positive Arbeit geleistet. Sie hat empfohlen, daß Albanien autonom werde, mit der Bestimmung, daß Serbien ein kommerzieller Zugang zum Adriatischen Meere garantiert werde. Die sechs Regierungen haben diesen doppelten Vorschlag im Prinzip unterzeichnet. Die serbische Regierung soll nach einer Meldung der „Agence Havas" dem Vorschlage bereits zugestimmt haben. Das wäre erfreulich, weil damit ein großer Zankapfel aus der Welt geschafft wäre.

Nach anderen Meldungen sollen die Vertreter der Balkanstaaten über diesen Vorschlag sehr ungehalten sein. Vielleicht aber handelt es sich hier nur um einige von Großmannssucht befallene Diplomaten.

Der Fall Prochaska, der von österreichischer Seite bekanntlich in unerhörter Weise aufgebauscht wurde, ist nach einer befriedigenden Erklärung Serbiens als erledigt anzusehen.

In Montenegro machen sich jetzt schon die Kriegsfolgen bemerkbar. Nahezu die Hälfte der Truppen — 6000 Mann — ist gefallen. Im Lande droht eine Hungersnot. Und gegen den König der Hammeldiebe macht sich eine außerordentlich erregte Stimmung bemerkbar. Er hat prophezeit, daß er Skutari holen wolle, und nun liegt das noch in weiter Ferne. Die Türken wollen sich nicht ergeben und kämpfen trotz des Waffenstillstandes weiter.

Vom griechisch-türkischen Kriegsschauplatz liegen heute folgende Meldungen vor: Der Kommandeur der türkischen Westarmee telegraphierte am 19. Dezember an das Kriegsministerium: Nach fünftägigen blutigen Kämpfen in der Gegend von Janina haben wir heute morgen die Feinde zurückgeschlagen. Einerseits passierten wir den Engpaß von Monolak, andererseits drangen unsere Truppen in die Gegend der Festung von Lusatz vor. Mit großem Erfolg haben wir die feindlichen Truppen geschlagen.

Die türkische Botschaft dementiert kategorisch die Nachricht, daß bei dem Seegefecht vor den Dardanellen am 16. Dezember die türkische Flotte beschädigt worden sei. Außer 4 Verwundeten, von denen einer gestorben sei, habe die türkische Flotte keine Verluste gehabt. Die Kriegsschiffe seien unbeschädigt.

Nach einer Mitteilung des Kriegsministers hat ein Teil der griechischen Armee unter dem Befehl des Generals Damianos am 19. dss. Mts. nach einem Kampfe Goritza besetzt. Die drei Divisionen des Generals rückten auf drei Straßen vor und schlugen die türkische Armee nach Süden zurück.

Der griechische Marineminister erhielt aus Chios die drahtliche Mitteilung, daß sich die türkischen Truppen auf Mytilene den Griechen ergeben hätten und daß 1700 türkische Gefangene im Hafen von Molivo eingeschifft worden seien.

Türkische Torpedoboote sind gestern aus den Dardanellen ausgelaufen und haben Tenedos bombardiert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 23. Dezember.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 30. Dezember 1912, mittags 12 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Errichtung eines siebenten Senates bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht. 2. Zuschuß zu den Kosten des Grunderwerbs für die Bahn Schwartau—Neustadt i. H.

Die geforderte Nachbewilligung von 32 000 Mark für das Stadttheater, welche bereits in der Bürgerschaft Veranlassung zu langen und scharfen Debatten gab, weil Mitglieder der Theaterbehörde früher erklärt hatten, daß zu solchen Nachbewilligungen für die Bürgerschaft weder eine moralische noch rechtliche Verpflichtung vorlag, ist s. Zt. eine Kommission zur näheren Prüfung überwiesen worden. Diese Kommission hat nunmehr einen ausführlichen Bericht erstattet, in dem die Vorgänge beim Direktionswechsel und die dazu abgegebenen Erklärungen der Theaterbehörde gewürdigt werden. Weiter wird darin die Frage aufgeworfen, wer nach dem lübeckischen Staatsrecht dem Staat auf Grund für die ungenehmigt gebliebenen Ausgaben haftet. Die Kommission stellt schließlich zwei Anträge. Die Mehrheit beantragt, 1. die Bürgerschaft erteilt die nachträgliche Genehmigung dazu, daß dem Theaterdirektor Fuchs für das Jahr 1911/12 15 000 Mk. vorschußweise gezahlt worden sind; 2. die Bürgerschaft genehmigt unter Ablehnung des weitergehenden Senatsantrages: a) daß dem Theaterdirektor Fuchs die ihm für das Jahr 1911/12 gestundeten Forderungen von insgesamt 12 437,20 Mark und weiter die Forderung auf Rückzahlung des Vorschusses von 13 773,70 Mark erlassen werde; b) daß ihm für dieselbe Spielzeit noch 3000 Mark als Vergütung gezahlt werden; 3. die durch die Beschlüsse zu 1 und 2 genehmigten Ausgaben werden auf die Verwaltungsüberschüsse des Rechnungsjahres 1911 angewiesen; 4. die Beschlüsse zu 1—3 werden unter der aufschiebenden Bedingung gefaßt, daß binnen Jahresfrist die zivilrechtliche Verantwortlichkeit für ungenehmigt gebliebene Ausgaben verfassungsmäßig klargestellt oder geregelt wird; 5. die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage zur Beschlußfassung vorzulegen, durch welche die unter 4 erwähnte Frage der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit geregelt wird. Die Minderheit der Kommission schlägt vor: 1. Die Bürgerschaft erteilt die nachträgliche Genehmigung dazu, daß dem Theaterdirektor Fuchs für das Jahr 1911/12 Forderungen von insgesamt 12 437,20 Mark gestundet, und weiter dazu, daß ihm 15 000 Mark vorschußweise zur Verfügung gestellt sind; die Bürgerschaft genehmigt, daß dem Theaterdirektor Fuchs die unter 1 erwähnten gestundeten Forderungen von 12 437,20 Mark und weiter die Forderung auf Rückzahlung des Vorschusses von 13 773,70 Mark erlassen werden, und daß dem Theaterdirektor für die Spielzeit 1911/12 aus Staatsmitteln 3000 Mark für seine Direktionstätigkeit vergütet werden, unter Ablehnung des weitergehenden Senatsantrages; 3. daß die durch die Beschlüsse zu 1 und 2 genehmigten Ausgaben auf die Verwaltungsüberschüsse des Rechnungsjahres 1911 angewiesen werden; 4. die Bürgerschaft ersucht den Senat um Auskunft darüber, wer nach dem lübeckischen Staatsrecht für Zahlungen rechtlich haftbar ist, die ohne die verfassungsmäßige Genehmigung der Bürgerschaft aus der Stadtkasse gezahlt worden sind, wenn nachträglich die Genehmigung von der Bürgerschaft nicht erteilt wird.

Aufgehobenes Todesurteil. Das Schwurgericht Lübeck hat am 15. Novbr. den Leichtmatrosen Hans Landherr wegen Raubmordes zum Tode und wegen Diebstahls und versuchter Erpressung zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mitangeklagte Scholze ist wegen mehrerer gemeinschaftlich mit Landherr begangener schwerer Diebstähle und versuchten schweren Raubes zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Dei beiden Angeklagten hatten sich im Herbst vor. Jahres zur gemeinschaftlichen Verübung von schweren Diebstählen zusammengetan und so u. a. auf einem auf der Elbe liegendem Schiffe einen Schiffer durch Drohung zur Herausgabe seiner Barschaft und seiner Uhr gezwungen. Am 23. September hatten sie dann auf der Landstraße zwischen Lübeck und Travemünde den Drogisten Kurt Fischer gemeinschaftlich überfallen und beraubt. Landherr allein ist für schuldig befunden worden, Fischer hinterher ermordet zu haben. Gegen das Urteil hatte nur L. Revision eingelegt, in der er einen prozessualen Verstoß in der Stellung der den Geschworenen unterbreiteten Fragen rügte. Es war nämlich, nachdem bereits die Fragen bezüglich der Diebstähle und der Erpressung gestellt waren, als Punkt 8 die Schuldfrage bezüglich Mordes in Verbindung mit versuchtem schweren Raub, begangen durch L., und im Punkt 9 dieselbe Frage bezüglich des Angeklagten Sch. gestellt worden. Die Frage bezüglich des versuchten schweren Raubes war aber inkorrekt, denn es fehlten die Worte: „durch Gewalt" und „begangen gegen". Der Reichsanwalt hielt diese Rüge für durchgreifend. Er beantragte deshalb das Urteil aufzuheben und zwar bezüglich beider Angeklagten, soweit sie wegen versuchten schweren Raubes verurteilt worden sind. Da aber bei L. die Strafe für den versuchten Raub in die Todesstrafe wegen Mordes einbezogen worden war, hielt es der Reichsanwalt für notwendig, mit dieser Aufhebung gleichzeitig die Aufhebung des Todesurteils zu beantragen, im übrigen aber die Revision zu verwerfen. Diesem Antrag schloß sich das Reichsgericht an. Es hob das Urteil auf bezgl. des L. soweit dieser wegen Mordes und versuchten Raubes zum Tode und bezl. des Sch., soweit dieser wegen versuchten schweren Raubes verurteilt worden ist, sowie bezgl. der ausgesprochenen Ehrenstrafen. In diesem Umfange wurde die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

b. Die dritte Strafkammer verurteilte am Sonnabend den früheren Gastwirt Eu. wegen Vergehens gegen das Krankenversicherungsgesetz zu 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Das gelinde Urteil hat Eu. seiner Notlage und bisherigen Unbescholtenheit zu danken. Er hatte nicht nur die Versicherungsbeiträge (etwa 51 Mark) von Dienstmädchen, Haushälterin und Hausbursche abgezogen, sondern sich das Geld zum Teil in bar auszahlen lassen und für sich verwandt. Da das Geschäft schlecht ging, konnte er seine Absicht, die Beiträge abzuliefern, nicht verwirklichen. Jetzt ist die Hälfte bereits zurückbezahlt und auch die andere soll noch ersetzt werden. — Beim Diner in der Volksküche bot der Arbeiter Tr. einem beschäftigungslosen Kollegen „Arbeit" an, bei der einige Groschen verdient werden könnten. Sie wanderten in den Abendstunden nach der alten Irrenanstalt, wo Tr. schon heruntergerissene Dachrinnen bereit hatte; sein Kamerad half sie nur noch zusammenbiegen und in den Sack packen. Den brauchten die Diebe nicht weit zu schleppen, die hinzukommende Polizei entband sie der Last. Tr. erhält jetzt vier Monate und sein Helfer R. zwei Wochen Gefängnis. — Billige Kartoffeln verschafften sich die Gelegenheitsarbeiter Sch. und V. aus einem Eisenbahnwagen am Falkenplatz. Um seine Logisschulden zu bezahlen, spähte Sch. nach Arbeit. Diese fand sich nicht; dafür bot sich aber Gelegenheit, beim Kartoffelausladen freiwillig „mitzuhelfen". Sch. ging mit V. hin und erbat sich von den beiden Arbeitern die Erlaubnis, einige Sack aufladen zu dürfen. Diese drückten ein Auge zu. Nachdem vier Sack Kartoffeln aufgeladen waren, erhielten die andern beiden 50 Pfg. Entschädigung. Da die 11 Mark Erlös aus den entwendeten Kartoffeln zu weiteren Unternehmungen reizten, hölten Sch. und V. noch zweimal 8 und 13 Sack Kartoffeln zu diesem „Vorzugspreise" und Sch. auf „eigene Rechnung und Gefahr" extra noch 7 Sack. Alles wurde versilbert. Heute vor die Strafkammer gestellt, geben alle Angeklagten die Diebstähle zu, auch die Arbeiter M. und L., welche es ruhig zuließen, daß der Eisenbahnwagen auf diese Weise erleichtert wurde, können die Beihilfe nicht leugnen. Der Anstifter Sch. erhält unter Einbeziehung einer bereits erkannten dreimonatigen Gefängnisstrafe 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust wegen der Gemeingefährlichkeit der Diebstähle, V. bekam drei Monate und M. und L. können je einen Monat über ihre „Gutmütigkeit" nachsinnen. — Der jugendliche Arbeitsbursche B. bestahl einen Kutscher, dem er einen Besuch abstattete. Als dieser auf kurze Zeit die Stube verließ, durchsuchte B. den Kleiderschrank nach Geld, und als er dieses nicht vorfand, eignete er sich Uhr und Kette an, die für 15 Mark verklopft wurden. Resultat: vier Monate Gefängnis. — An die verkehrte Adresse wandte sich ein gelernter Schlosser, der meistens „auf Reisen" ist und in regelmäßigen Zwischenräumen im Kittchen Aufnahme findet. Beim Fechten erwischt, wurde er vom Schöffengericht zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil legte e rBerufung ein, da er nur eine Postkarte nachts um zwölfe verkaufen wollte. Dieses „Verbrechen" wird nun mit drei Wochen geahndet und obendrein beschloß die Strafkammer als Zusatzstrafe Überweisung an die Landespolizeibehörde. Alle Bettelei wird nicht so bestraft; es kommt nur darauf an, ob jemand für sein bischen Dasein oder für „patriotische" Zwecke Almosen sammelt! — Eine Rheinlandstochter, von Beruf Schneiderin, im Nebenamt im „Liebesfach" tätig, war vom Schöffengericht wegen gewerbsmäßiger Unzucht zu mehreren Wochen Gefängnis und zur Zwangsarbeit verurteilt worden, bei der sie eben 8 Monate zugebracht hatte. Gegen die Überweisung legte sie mit Erfolg Berufung ein. Der Staatsanwalt wollte von dieser Milde nichts wissen, weil die Angeklagte den Verein für entlassene Strafgefangene hintergangen hatte. Dieser Verein gab ihr 15 Mark Reisegeld nach Düsseldorf und Begleitung bis zum Bahnhof mit. Als diese der Halbweltdame den Rücken gekehrt, änderte sie den Sinn und blieb in Lübeck, wo sie andern Tags wieder ertappt wurde. — Ein 33jähriger Arbeiter wurde wegen Sittenverbrechens, begangen durch unzüchtige Handlungen an seiner 13jährigen Stieftochter, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt war 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Der gestrige „goldene Sonntag" war für die hiesigen Geschäftsleute, wie es wenigstens den Anschein hatte, recht ertragreich. Infolge des herrschenden günstigen Wetters war die Landbevölkerung unserer Nachbarschaft zahlreich zur Stadt gekommen, um hier ihre Weihnachtseinkäufe zu machen. In den Hauptstraßen und auf dem Markte herrschte ein sehr starke rVerkehr.

Vogelschutz im Winter. Der Winter steht vor der Tür und für den Natur- und Vogelfreund beginnt die Zeit, in der er seinen Lieblingen besondere Aufmerksamkeit widmet. Zwar finden im Spätherbst die größeren Vögel noch manches an Beeren, aber sobald der erste Frost sich einstellt und die Erde mit einer harten Kruste überzieht, beginnt für die Vögel die Zeit der Not. Hunger und Kälte raffen namentlich kleinere zarte Vögel, wie die niedlichen Meisen und andere, die nur vereinzelt den Winter bei uns verbringen, in Scharen dahin. Da gilt es, beizeiten Vorsorge zu treffen durch Fütterung, durch Aufstellen von Fütterungseinrichtungen und Anbringen von Nistkästen. Bekanntlich ist der Spätherbst die geeignetste Zeit zum Aufhängen von Nistkästen. Je früher man damit beginnt, um so mehr wird man einen Erfolg sehen. werden die Vögel an die Höhlen gewöhnt, da sie sie bei Eintritt von Schneefällen und Frost gern als Wohnstätten benutzen. Das ist sehr wichtig, und wer zielbewußt Vogelschutz treiben will, muß nicht nur für eine richtig durchgeführte Winterfütterung Sorge tragen, die bei Schneestürmen, strengem Frost, Rauhreif oder Glatteisüberzug des Erdbodens einzusetzen hat, sondern auch für rechtzeitiges Anbringen von Nistgelegenheiten. Leider werden auch hierbei trotz allem guten Willen aus Unkenntnis häufig schwere Fehler begangen. Wie bei der Fütterung z. B. das Streuen von Brot geradezu gefährlich ist, da es leicht Feuchtigkeit anzieht, dann verdirbt und meist mit dem Tode endigende Verdauungsstörungen herbeiführt, so kann auch eine unrichtig angebrachte Niststätte nie ihren Zweck erreichen. Beim Anbringen der Nisthöhlen sei das Flugloch gegen Osten oder Südosten gerichtet, damit es von den ersten Sonnenstrahlen getroffen wird. Die Stellung der Nisthöhlen soll senkrecht sein, noch besser ist es, wenn das Höhlendach etwas abwärts neigt, so daß der Regen weniger leicht durch das Flugloch in die Behausung eindringen kann. Die Befestigung der Kästen geschieht am zweckmäßigsten mit Drahtstiften oder mit Schraubennägeln, die die Bäume nicht beschädigen. Der Abstand der Nisthöhle vom Boden ist für die einzelnen Vogelarten verschieden (für Meisen und Wendehals 2 bis 3½ Meter, für Fliegenschnäpper und Rotschwänzchen 2½ bis 4 Meter, für Stare und andere größere Höhlenbrüter 5 Meter und mehr). Man bringe nicht zu viel Höhlen an und sorge, daß sie von Feinden, besonders von Katzen, nicht zu erreichen sind, indem man sie an möglichst dünnen Zweigen oder hohen Mauern befestigt. Bestimmte Vogelarten wollen ihr Jagdrevier haben, es ist daher zwecklos, z. B. zwei Meisenhöhlen an einem Baum aufzuhängen, ihre Entfernung von einander soll vielmehr wenigstens 20 bis 30 Schritte betragen. Ferner sei bemerkt, daß es vorteilhaft ist, in die Höhlen vor dem Aufhängen ein wenig von einem Gemisch von Sägemehl und trockener Erde zu geben. Auch Futterhäuschen und dergleichen stellt man am besten jetzt schon auf, damit die Tiere sich an den Anblick gewöhnen und sie ohne Scheu später aufsuchen. Die frechen Sperlinge, die bekanntlich die anderen Vögel vertreiben, hält man am einfachsten fern durch Fütterungseinrichtungen, die nur für Meisen und andere Vögel geeignet, mit dem sogenannten „Antispatzengitter" und anderen Vorrichtungen versehen sind, oder man nimmt das oben erwähnte Mittel des Brotstreuens, das allerdings besonderer Vorsicht bedarf, da sich leicht auch andere Vögel einfinden und dann mit vernichtet werden.

Verjährung von Forderungen. Die Verjährung von Forderungen ist ein Gegenstand, der alljährlich am Jahresschlusse die Gemüter der Geschäftswelt erregt. Die allgemeine Verjährungsfrist beträgt nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre. Neben dieser Verjährungsfrist gibt es aber weitere Verjährungsfristen von 2 und 4 Jahren, für Fälle, die im Bürgerlichen Gesetzbuch besonders vorgesehen sind. In zwei Jahren verjähren:

1. Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Kunstgewerbetreibenden für Lieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten und Besorgung fremder Geschäfte, mit Einschluß der Auslagen, soweit nicht die Lieferung für den Geschäftsbetrieb des Schuldners erfolgt ist;

2. Forderungen von Personen, die die Land- oder Forstwirtschaft betreiben für Lieferung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, sofern die Lieferung für die Verwendung im Haushalt des Schuldners erfolgt;

3. Forderungen von Eisenbahnunternehmungen, Frachtfuhrleuten, Schiffern, Lohnkutschern und Boten wegen des Fahrgeldes, der Fracht, des Fuhr- und Botenlohnes, einschließlich aller Auslagen;

4. Forderungen der Gastwirte und anderen Personen, die Speisen und Getränke gewerbsmäßig verabreichen, für Gewährung von Wohnung und Beköstigung, sowie für andere den Gästen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährten Leistungen, einschließlich der Auslagen;

5. Forderungen von Personen, die Lotterielose vertreiben, aus dem Vertrieb dieser Lose, wenn nicht die Lose zum Wiederverkauf geliefert wurden;

6. Forderungen von Personen, welche bewegliche Sachen gewerbsmäßig vermieten, wegen des Mietszinses;

7. Forderungen derjenigen, welche ohne zu den unter 1. aufgeführten Personen gehören, für Besorgung von fremden Geschäften oder Leistung von Diensten wegen der ihnen aus dem Gewerbebetrieb gebührenden Vergütungen mit Einschluß der Auslagen;

8. Forderungen derjenigen, welche im Privatdienst stehen wegen des Gehaltes oder Lohnes oder anderer Dienstbezüge mit Einschluß der Auslagen, sowie Forderungen der Dienstberechtigten wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse;

9. Forderungen der gewerblichen Arbeiter — Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter —, der Taglöhner und Handwerker wegen des Lohnes oder anderer an Stelle des Lohnes gewährter vereinbarten Leistungen, mit Einschluß der Auslagen, sowie Forderungen der Arbeitgeber wegen gewährter Vorschüsse;

10. Forderungen der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarter Leistungen, einschließlich der für die Lehrlinge bestrittenen Auslagen;

11. Forderungen der öffentlichen Anstalten, welche dem Unterricht, der Erziehung, Verpflegung oder Heilung dienen, sowie Forderungen von Inhabern von Privatanstalten gleicher Art;

12. Forderungen von Personen, welche andere Personen zur Erziehung und Verpflegung aufnahmen für Aufwendungen und Leistungen der unter 11. bezeichneten Art;

13. Forderungen der öffentlichen Lehrer und Privatlehrer wegen ihrer Honorare;

14. Forderungen der Ärzte — Wundärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte — sowie der Hebammen für ihre Dienstleistungen mit Einschluß ihrer Auslagen;

15. Forderungen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher sowie aller Personen, die zur Besorgung fremder Geschäfte öffentlich bestellt oder zugelassen sind, wegen ihrer Gebühren und Auslagen, soweit diese nicht in die Staatskasse fließen:

16. Forderungen der Parteien an Rechtsanwälte wegen der gewährten Vorschüsse;

17. Forderungen von Zeugen und Sachverständigen wegen ihrer Gebühren und Auslagen.

In vier Jahren verjähren die Ansprüche auf Rückstände von Zinsen mit Einschluß der als Zuschlag zu den Zinsen zum Zwecke der allmählichen Tilgung des Kapitals entrichtenden Beträge, die Ansprüche von Pacht- und Mietszinsen, soweit sie nicht unter die unter 6. aufgeführten Gegenstände (bewegliche Sachen) fallen, und die Ansprüche auf Rückstände von Renten, Auszugsleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehalten, Unterhaltsbeiträgen und allen anderen regelmäßig wiederkehrenden Leistungen.

Die Verjährungsfristen, mit Ausnahme der dreißigjährigen Frist, laufen nicht von der Entstehung der Schuld ab, sondern erst vom darauffolgenden 31. Dezember ab. Ab 31. Dezember heurigen Jahres verjähren z. B. alle Forderungen vom Jahre 1910, soweit sie der zweijährigen Frist unterliegen, und alle Forderungen vom Jahre 1908, soweit sie der Verjährungsfrist von vier Jahren unterliegen.

Die Verjährung kann unterbrochen werden, wenn der zur Forderung Berechtigte vor Eintritt der Verjährung eine richterliche Handlung veranlaßt, z. B. dem Schuldner einen gerichtlichen Zahlungsbefehl oder eine Klage zustellen läßt, oder wenn er sich vom Schuldner ein schriftliches Anerkenntnis der Schuld sichert. Auch durch Zahlung einer Rate an der Schuld wird die Verjährung unterbrochen. Durch schriftliche Mahnungen, auch wenn diese mittels eingeschriebenen Briefes erfolgen, wird die Verjährung nicht unterbrochen. Wer also nicht zu Schaden kommen will, muß noch vor Jahresschluß danach trachten, seine Forderung entweder vom Schuldner durch schriftliche Bestätigung anerkennen oder durch eine richterliche Handlung feststellen zu lassen.

Die Not der Zeit. Den Offenbarungseid leisteten im Monat November 25 Personen, darunter 5 weibliche, vor dem hiesigen Amtsgericht.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die Direktion hat für das Weihnachtsprogramm wieder die größten Attraktionen engagiert, und weisen wir auf einige derselben hin. An der Spitze steht die ausgezeichnete Verwandlungs-Schauspielerin a la Freguli. Ihr zur Seite steht Harry Hokins mit seinem Massen-Dressurakt von 65 Tieren. Vieske und Passke, die urkomischen Exzentriks sowie die drei Orions, die Löser-Kompagnie mit ihrem lustigen Holländer-Akt bringen das Beste vom Besten. Hartfort Brothers mit ihren Flugreck-Akt auf dem Bicycle leisten so Hervorragendes, daß das Publikum in Staunen versetzt wird. Auch das Soubrettenfach ist diesmal gut vertreten. Fürs Humoristische sorgt Prinz v. d. Höh', welcher mit neuem Repertoir aufwartet. Das Weihnachtsprogramm ist sehr reichhaltig und sollte es niemand versäumen, sich dasselbe anzusehen. Sonn- und Festtags, nachmittags 4 Uhr, große Fremden- und Volksvorstellung zu kleinen Preisen. Auch fürs Kabarett sind die besten Kräfte engagiert.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle, Mengstraße. Die Bücherausgabe wird am 24. Dezember nur vormittags von 11½ bis 1½ Uhr geöffnet sein. Am ersten Feiertage ist die Bücherausgabe geschlossen, am zweiten Feiertage wie an Sonntagen von 11½ bis 1½ Uhr geöffnet. — Die Lesehalle wird am 24 Dezember abends 6 Uhr geschlossen; sie ist an beiden Feiertagen wie Sonntags geöffnet.

Hamburg. Ungetreuer Gastwirt. Ein Sparklub hatte seine Ersparnisse in Höhe von 5000 Mark einem Gastwirt in der Grabenstraße anvertraut. Dieser Verwalter ist seit einigen Tagen verschwunden, ohne das Geld zurückzulassen.

Emden. Vier Menschen ertrunken. In der Nacht zum Sonntag sind im hiesigen Außenhafen vier Leute ertrunken. Drei von ihnen gehören zur Mannschaft des schwedischen Dampfers „Nyland", der vierte Mann gehörte zur Besatzung des schwedischen Dampfers „Nordland". Das Unglück ereignete sich durch das Kentern eines Bootes. Die Leichen hat man bereits geborgen. — Der Dampfer „Hollandia" von der Kunstmannschen Reederei, Stettin, mit 6000 Tonnen Erz von Schweden nach Emden bestimmt, ist nachmittags bei Emshörn auf Grund geraten. Schlepper sind zur Stelle. Das Wetter ist ruhig.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Stadtauflage liegt ein Prospekt der Firma „Zur Mühle", Lübeck, Sandstraße 4, bei.

Uhren und Goldwaren Willi Westfehling, Holstenstrasse 32.
5 Prozent Rabatt. (6387)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

(6366

Einladung zur

Silvester-Feier

am Dienstag, dem 31. Dezember 1912
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Beginn des Balles 7½ Uhr. 11¾ Uhr: **Festrede** des Parteisekretärs Genossen **W. Bromme.**

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. — Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Eintrittskarten im Vorverkauf im **Parteisekretariat**, im **Gewerkschaftshaus**, in der **Expedition des „Lübecker Volksboten"**, bei **Carl Wittfoot**, Hüxstr. 18, bei **Gustav Ehlers**, Hüxstraße 110, beim Barbier **Franz Kuhr**, Johannisstraße 21, sowie bei allen Komiteemitgliedern.

Recht zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Das Komitee.

Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe"
Fr. Barby
Hüxstraße 117. Tel. 816.
Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen von und nach auswärts. (4197

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste bringe mein Geschäft in empfehlende Erinnerung und offeriere:
Tabak, Zigarren und Zigaretten
in best. Qualität u. zu soliden Preisen.
(6272 **Hugo Beuthien, Dorneestr. 15.**

4697 **Hasenfelle**
Kanin, Fuchs, Marder, Iltis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

Arbeiter-Abstinentenbund
Ortsgruppe Schwartau.

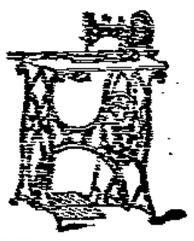
Mitglieder-Versammlung
am Montag, 23. Dezember.
abends 8 Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Freunde und Gönner dieser Sache sind freundlichst eingeladen.
6351) **Der Vorstand.**

Gasthof „Zum goldenen Stern"
Große Burgstraße 27.
Wer dor ment, dat ward em in dee Wihnachtsdag in Hus so bunt,
Dee kann man'n beten nah dee grote Borgstrat 27
und fück Trost bi **Karl Funk.**
Bringe hiermit allen Freunden und Gönnern mein Lokal in empfehlende Erinnerung.
☞ **ff. Danjabiere.** ☜
6370) **K. Funk.**

Familien-Abend
der
Fackenburger Liedertafel
verbunden mit
Gesangvorträgen und theatralisch. Aufführungen
am Mittwoch, 25. Dezember
in
F. L. Paetzas Gesellschaftshaus.
Anfang 6 Uhr.
Von 3—9 Uhr: **Kinderbescherung.**
6345) **Der Vorstand.**

Gasthof Klein-Muhsen. 6340
Am Dienstag, d. 31. Dezember:
Großer Silvester-Ball
verbunden mit humor. Bockbierfest.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Hierzu ladet ein **Otto Evers.**

Meyer & Eggert's
Musikinstrumente u. Grammophone sind die besten!
Nur Königstraße 116
bei der Mühlenstraße. 6384



Als passendes Weihnachtsgeschenk
empfehle (5575
Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl
zu billigen Preisen.
Th. Vedder, Friedenstrasse 1.

Zum Weihnachtsfeste
empfehle
Wal- und Haselnüsse, Datteln, Feigen, Weine und Liköre, Tannenbaumlichte, nicht träufelnd, **Konfekt, Tannenbaumschmuck, Seifen und Parfümerien usw.**
in guter Qualität zu mäßigen Preisen.
Wilhelm Hohenschild
Marli-Drogerie.
Marlistrasse 42 c. 5839

(6362)
in **Schokolade, Fondant** und **Kakes** von **60 Pfg.** das Pfund anfangend.
Wal- u. Haselnüsse, Feigen, Datteln.
Ferner: **Baumlichte, Lichthalter, Konfekthalter, Lametta usw.**
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Zum Weihnachtsfest
empfehle (6055
hochfeine Zigarren
aus reinem überseeischen Tabak hergestellt in allen Preislagen.
A. Riecken, Schwartauer Allee 63.

☞ **Empfehle zum Weihnachtsfeste:** ☜
5901 **hochfeine Zigarren und Zigaretten**
in allen Packungen und Preislagen.
H. Hacker, Waisenhofstrasse 33.

Zum Versöhnungsfeste:
Keine gammligen Heringe. 6386
Schweinefleisch .....Pfd. 80 Pfg.
Ziegenfleisch .....Pfd. 40 Pfg.
Markthallenstand 29.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Unser Bureau ist am Dienstag, dem 24. Dezember bis 2 Uhr nachmittags geöffnet, abends geschlossen.
6389 **Die Ortsverwaltung.**

Restaurant Cleverbrück.
Am 1. Weihnachtstag:
Großes Konzert.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Hierzu ladet ein
6383) **J. C. Müller.**

Turnverein Eichenkranz Schwartau-Rensefeld.

Einladung zum
Unterhaltungs-Abend
am Mittwoch, 25. Dezember
(1. Weihnachtstag)
im Lokale des Herrn Piquardt
(Hotel Kronprinz).
Anfang 8 Uhr. Eintritt 40 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
6351) **Das Komitee.**

Kalnbergs Variété.
Heute: Beginn 8 Uhr.
20 Programm-Nummern 20.
Dazu das Lebensbild (6375
Wiedergefunden.
Entree: 20 Pfg.

Stadthallen-Theater in Lübeck
Berliner Ensemble-Gastspiel.
Nächste Vorstellung (6380
Mittwoch, den 25. Dezember
nachmittags 3½ Uhr:
Scheiden tut — wohl.
Abends 8¼ Uhr:
Sündenböcke.

Kabarett im Hansa-Theater
Dienstag, den 24. Dezember
(Heiligabend):
Junggesellen-Kabarett
verbunden mit Weihnachtsbescherung. 6385
Jeder Gast erhält ein passendes Weihnachtsgeschenk
Anfang 9 Uhr. Entree frei.
Neue Kräfte.
Am 31. Dezember:
Großer Silvester-Rummel
Anfang 10 Uhr. Entree 2 Mk.
Bestellungen auf Tische werden schon jetzt im Bureau entgegengenommen. Tel. 610

Arbeiter-Gesangverein Amicitia
Seeretz.

Großer Ball
am 2. Weihnachtstag
im Lokale des Herrn E. Cordts.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundlichst ein
6377) **Das Festkomitee.**

Hansa-Theater.
Dir. **Gebr. Gollbach.**
Telephon 610. Telephon 610
(5 Minuten vom Bahnhof.)
Mittwoch, d. 25. Dez. 1912
(1. Weihnachtstag)
Nachmittags 4 Uhr und abends 8½ Uhr:
Das große Weihnachts-Programm!
Miss Sheba,
Verwandlungskünstlerin á la Freguli.
Löser Comp.,
Die lustigen Holländer.
Harry Hopkins Dressur-Akt „Weltfriede",
65 Tiere.
Pieffke & Paffke,
Akrobat. Exzentrik-Akt.
The Hartford Bros.
Flugrek.-Akt auf d. Bicycle.
(In Lübeck noch nie geseh.)
Prinz v. d. Höh,
der kleinste Humorist d. Welt.
und andere Attraktionen.

Jeden Sonn- und Festtag, nachmittags 4 Uhr:
Große Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.
Sonn- u. Festtags nachm. 4 Uhr
Familien-Kabarett
(Bier u. Kaffee) Entree frei.

Dienstag, d. 31. Dezbr. 1912
Anf. 8½ Uhr. Ende 12½ Uhr
Gr. Gala-Neujahrs-Vorst.
und (6363
großer Silvester-Rummel
verbunden m. Freibier in d. Pause f. jed. Theaterbesuch.

Billette für sämtl. Vorstellungen sind bereits ab heute b. **Sager**, Kohlmarkt, z. haben.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 24. Dezember 1912.
Keine Vorstellung!
Mittwoch, den 25. Dezember 1912
1. Weihnachtsfeiertag:
Nachm. 3 Uhr. Ende 5½ Uhr.
Außer Abonnem. Nachm.-Preise.
Prinzessin Funkerli u. das große Märchenbuch
Abends 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Große Preise.
Neu! Neu!

Der Schmuck der Madonna!
Große Oper von Wolf-Ferrari.
Die Karten für die 3. Abonn.-Rate können jetzt bis zum 31. d. Mts. in der Zeit von 11—2 Uhr an der Theaterkasse (Beckergrube) abgeholt werden. 6349

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 300. Montag, den 23. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Das Gold.

Von der Entdeckung Amerikas bis zur französischen Revolution wurde kaum mehr Gold gewonnen als in der kurzen Zeitspanne von 1909 bis Ende 1912. „Frankf. Ztg."

Das Gold ist heute das Maß aller Dinge. Ein Land nach dem andern ist in den letztvergangenen Jahrzehnten zur Goldwährung gekommen. Das ist gleichbedeutend mit einer riesigen Steigerung der Goldproduktion. Aber auch das Gold, aus dem das Geld hergestellt wird, unterliegt schon als Rohprodukt dem Angebot und der Nachfrage. Für die Golderzeugung ist der Bedarf Indiens und Ägyptens ebenso wichtig wie ein Streik der farbigen Arbeiter in den Goldminen von Transvaal. Trotzdem ist das gemünzte Gold heute nur ein Bruchteil der Zahlungsmittel in allen Staaten der Welt. Im Kriege gilt aber nur Gold, das was ihm aufgeprägt; Silber und Papier sinken im Werte. Daher in den letzten Monaten das Bedürfnis ängstlicher Gemüter nach barem Golde.

Die Goldproduktion entwickelt sich durchaus nicht immer gleichmäßig. Man beachte nur, daß 1870 die Vereinigten Staaten von Amerika rund 39 Prozent der Weltproduktion an Gold auf den Markt brachten, 1912 aber nur noch 20 Prozent. Australiens Anteile an der Weltproduktion fiel in derselben Zeit von 29 auf 11 Prozent. Transvaal schaffte 1890 8 Prozent der Weltproduktion an Gold, für 1912 ist die Ziffer auf 41 Prozent gestiegen!

Über die Goldproduktion existieren Zahlen, die bis 1493, dem Jahre der Entdeckung Amerikas Anspruch auf Genauigkeit machen können. Von 1493 bis 1912 wurden rund 62 Milliarden Gold produziert! Davon verschlingt die Industrie zur Herstellung von Schmuck usw. einen sehr erheblichen Teil. Von 1900 bis 1910 betrug der Industriebedarf an Gold in der Welt 4 004 Millionen Mk., das ist rund 24 Prozent der in jener Zeit erzeugten Goldmengen.

Wo kommt das Gold hin? Britisch-Indien und Ägypten verschluckt Jahr um Jahr Hunderte von Millionen an barem Gold. Es ist das eines der noch ungeklärtesten Probleme der Goldwirtschaft. Die „Fr. Z." meint, daß wir nur das eine wissen: Die indische Goldschmiedekunst verschlingt enorme Goldquantitäten, daneben wird Gold in Indien in unglaublichen Mengen in der primitivsten Weise stillgelegt und Millionen Gold sind im Erdboden und Kellern versteckt. In Ägypten ist es fast ebenso. Hier sind es auch die Baumwollernten, die Millionen von Gold hereinfließen lassen.

Ein weiterer wichtiger Teil des Goldbesitzes der Welt befindet sich in den Noten- und Staatsbanken der großen Länder. Der Barvorrat an Gold dient ja überall als Notendeckung. Welche Summen zu diesem Zwecke festliegen, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung:

Goldvorrat bei den Notenbanken und Schatzämtern:

Europa:			
1889	3 844 Mill. Mk.	1911	11 000 Mill. Mk.
Amerika:			
1889	1 804 Mill. Mk.	1911	8 600 Mill. Mk.
Afrika, Asien u. Australien:			
1889	395 Mill. Mk.	1911	1 616 Mill. Mk.
Zusammen:			
1889	6 043 Mill. Mk.	1911	21 216 Mill. Mk.

Die Zahlen zeigen uns deutlich genug, welche Bedeutung heute das Gold als Sicherung des Zahlungsverkehrs in der Welt hat. Die geringen Goldvorratsziffern von Afrika, Asien und Australien zeigen recht deutlich den kapitalistischen Unterschied gegenüber Amerika und noch deutlicher gegenüber Europa.

Im ganzen all diese Tatsachen betrachtet, ergibt die Feststellung, daß die Goldproduktion immer rascher anwächst, der Bedarf an gelbem Metall aber noch rascher steigt. Es ist zwischen den zwei Polen Goldverbrauch für Kunst und Industrie in Europa und Vergraben des baren Goldes in Indien ein Jahrtausend Menschheitsgeschichte festgehalten.

Vorpostengefechte im Tarifkampfe der Holzarbeiter.

Während die Oeffentlichkeit auf Grund der bisherigen Berichte über den Stand der Verhandlungen zwischen den Parteien sicher auf beiden Seiten das ernstliche Bestreben auf Erhaltung des Friedens voraussetzte, sieht die Situation in Wirklichkeit ganz anders aus, weshalb es nötig scheint, den Vorhang etwas zu lüften und den wahren Tatbestand zu zeigen. Denn um die Taktik des Gegners zu erkennen, muß man sich vor allen Dingen seine Taten und nicht seine Worte betrachten. Dazu wird man gegenüber dem Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe durch dessen Verhalten bei markanten Streitfällen aus jüngster Zeit geradezu herausgefordert.

Im Holzgewerbe unterliegt die Entscheidung der auf den Verträgen entstehenden Differenzen den örtlichen Schlichtungskommissionen, die zum größten Teil ohne unparteiischen Vorsitzenden arbeiten. Ein solcher wird erst mit herangezogen, wenn die aus beiden Parteien zu gleicher Zahl zusammengesetzte Schlichtungskommission sich nicht verständigen kann. Daneben fungieren die Zentralvorstände der Verbände als Berufungsinstanz, und es kommt wiederholt vor, daß diese mit der endgültigen Erledigung einer Streitsache von den Ortsparteien beauftragt werden, anstatt einen Unparteiischen damit zu betrauen. Ein Fall dieser Art hat sich jetzt in Höchst a. M. abgespielt.

Im Jahre 1910 kam in Höchst ein Tarifvertrag zustande, ohne daß über die Arbeitszeit schon eine endgültige Verständigung Platz gegriffen hatte. Die Arbeiter beharrten ebenso fest auf ihrer Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Unternehmer dieses ablehnten. Die Entscheidung darüber, ob eine Arbeitszeitverkürzung eintreten sollte oder nicht, wurde der zentralen Schiedskommission und den Zentralvorständen übertragen. Diese Entscheidung wurde am 6. Juni 1910 gefällt und lautet: „Die Arbeitszeit in Höchst wird am 1. November 1912 für sämtliche Tischlereibetriebe auf 54 Stunden wöchentlich verkürzt, mit Lohnausgleich."

Als nun am 1. November cr. in Höchst diese Arbeitszeitverkürzung eintrat, entstand der Streit wegen Zahlung des vorgesehenen Lohnausgleichs. Die Unternehmer lehnten es nämlich strikte ab, den Akkordarbeitern den Ausgleich zu zahlen, während die Arbeiter hiermit durchaus nicht einverstanden waren. Es hätte also, wie in allen sonstigen Fällen auch hier eine Entscheidung der vorgesehenen Instanzen eintreten müssen. Dazu ist es aber nicht gekommen und zwar aus dem Grunde, weil der Zentralvorstand des Unternehmerverbandes in ebenso unberechtigter wie unberufener Weise voreilig in den Streit der Ortsparteien eingriff und seinen Mitgliedern die strikte Anweisung gab, den Akkordarbeitern den Ausgleich unter keinen Umständen zu zahlen. Damit war jede vertragliche Regelung der Sache unmöglich gemacht, die Unternehmer in Höchst hielten den Arbeitern diese schriftliche Erklärung des Schutzverbandsvorstandes vor und ließen sich nun natürlich auf garnichts mehr ein.

Demnach trifft den Zentralvorstand des Unternehmerverbandes die ganze Verantwortung für die nachfolgenden Diferenzen. Im Verlauf von wenigen Tagen ist es dann in Höchst zur Arbeitseinstellung in einem Betriebe und im Anschluß hieran zur Aussperrung durch die Unternehmer gekommen. So stand die Sache, als am 13. Dezember zwischen den Zentralvorständen die allgemeinen Tarifverhandlungen weiter geführt werden sollten. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes verlangten vor Eintritt in die Verhandlungen eine befriedigende Lösung der Höchster Angelegenheit, worauf folgender Beschluß zustande kam:

„Es wird beschlossen, die in Höchst von beiden Parteien, Unternehmern sowohl wie Arbeitern, getroffenen Maßnahmen sind sofort zu beseitigen. Jeder Arbeiter tritt in sein altes Arbeitsverhältnis wieder ein.

Die beim Höchste rVertrag seinerzeit wirkende zentrale Schiedskommission ist ohne Verzug einzuberufen, um nach Anhören der örtlichen Parteien darüber zu entscheiden, ob die in Höchst am 1. November 1912 eingetretene Lohnerhöhung infolge Arbeitszeitverkürzung auch Anwendung auf die in Höchst beschäftigten Akkordarbeiter finden soll. Der Spruch hat rückwirkende Kraft.

Es sollte demnach die Arbeitsaufnahme am 16. und die Verhandlung der zentralen Schiedskommission am 17. Dezember stattfinden. Als sich, wie verabredet, die Parteien am 17. Dezember zur Verhandlung zusammenfanden, trat der Vorsitzende des Schutzverbandes, Herr Rahardt, abermals als Friedensstörer dazwischen und erklärte: „Die Voraussetzungen für die Verhandlung der Kommission sind nicht erfüllt, weil noch nicht alle Leute in Höchst zur Arbeit zurückgekehrt sind." Sprach's und verschwand mit seiner Gefolgschaft. Und so etwas nennt der Schutzverband Verhandlung? Ein solches Verhalten könnten sich die Arbeitervertreter auch selbst dann nicht gefallen lassen, wenn ihren Kollegen alle Schuld für die angebliche Nichtwiederaufnahme der Arbeit zufallen sollte. Aber davon ist in Wirklichkeit keine Rede. Die Sache liegt wie folgt:

Als am Morgen des 16. November sich die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bei ihren Arbeitgebern meldeten, wurde eine größere Anzahl von ihnen mit der Weisung zurückgewiesen, sie sollten später, evtl. nach Weihnachten wieder kommen. Die Herren hatten sich vorgenommen, eine Auslese vorzunehmen und die schon in früheren Jahren geübte Maßregelungspraxis, die den Arbeitern noch gar zu deutlich in Erinnerung ist, von neuem anzuwenden. Nur eine einzige Firma hat entsprechend dem Beschluß vom 13. Dezember ihre sämtlichen Leute wieder aufgenommen, alle übrigen haben sich zunächst dessen geweigert. Erst nach mehrmaligen Bemühungen des Vertreters des Holzarbeiterverbandes ist es erreicht worden, daß die Wiedereinstellung vollzogen wurde. Bei einer Firma sind auch jetzt noch zwei Arbeiter ausgesperrt, jedoch ist des lieben

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Crusius lachte grimmig auf.

„Ja, das ist der gewöhnliche Einwand, wenn einer es wagt, an der Wundertätigkeit des großen klassischen Bildungstrichters von heute auch nur den geringsten Zweifel zu hegen," rief er. „Aber ich lasse mich nicht von der Sache abdrängen. Ich schätze die klassische Bildung höher, als ihre patentierten Vertreter es tun, und deshalb bin ich der entschiedenste Gegner der Art und Weise, wie an unseren Gymnasien verfahren wird."

„Wie meinen Sie das?" warf Helbing ein.

Crusius holte tief Atem.

„Wenn Sie mich fragen, so muß ich Ihnen wohl antworten," entgegnete er, „aber Sie dürfen meine Worte nicht persönlich nehmen."

„Durchaus nicht," sagte Helbing erstaunt.

„So," meinte Crusius, „dann will ich Ihnen meine Meinung offen sagen. Der Unterricht an den Gymnasien hat mit dem klassischen Geiste gar nichts zu tun. Wenn die Schüler auf die Universität entlassen werden, so ist ihnen der Schädel vollgepfropft mit einer Unsumme von Regeln der Deklination, Konjugation und Syntax; sie ersticken schier im Formelkram, aber vom Geiste der alten Klassiker wissen sie nichts; die langweilige Art des Unterrichts und die unaufhörliche Plage mit einem hohlen Gedächtniskram verdirbt ihnen den Geschmack an der Lektüre der alten Schriftsteller. Sobald sie griechische Schönheit und römische Tugend kennen lernen wollen, müssen sie sich dazu besonders ans Studium machen. Nehmen wir ein Beispiel. Wenn sie auf den Schulbänken die Ilias lesen und an den Gesang kommen, der den Schild des Achilles beschreibt, so müssen sie das Wörterbuch zehnmal so oft aufschlagen, wie bei den anderen Gesängen, und müssen eine Menge neuer Wörter lernen, denen sie nachher nicht mehr begegnen. Und das ist natürlich viel wichtiger, als daß man bei der Gelegenheit das Hauptaugenmerk der Lernenden auf den hohen Stand der bildenden Künste der Hellenen in sagenhafter Zeit lenkt, der gerade aus diesem Gesang hervorgeht."

Helbing war bestürzt bei diesem Ausbruch.

„Der hellenische Schönheitssinn — —"

„Wird in unsere Jugend am besten dadurch eingepflanzt, daß man die jungen Leute mit den griechischen Akzenten quält," rief Crusius heftig. „Wie die hellenische Gesellschaft beschaffen war und was sie zu ihren Leistungen befähigte, brauchen sie nicht zu wissen, aber wenn sie einen Akzent falsch machen, kann ein solches Verbrechen kaum genügend gesühnt werden."

Dem Doktor Helbing traten Schweißtropfen auf die Stirn.

„Sie gehen zu weit," stotterte er, „die griechischen Akzente sind beibehalten worden um — um — — um — — — —"

„Um ihrer Ehrwürdigkeit willen," lachte Crusius, und diesmal lachte so ziemlich die ganze Gesellschaft mit, ausgenommen Frau Meyer, deren Zorn immer heftiger entbrannte, je mehr sie einsah, daß die Mission des Doktor Helbing mit einer kläglichen Niederlage enden mußte.

„Aber was wollen Sie mit alledem beweisen?" warf der Polizeirat ein.

„Daß man keinen Grund hat," antwortete Crusius, „auf jemanden hinabzusehen, wenn er auch nicht gerade mit dem Schulsack des Gymnasiums bepackt ist, und daß man es anerkennen soll, wenn jemand durch Selbststudium und Selbstunterricht unter tausend erschwerenden Umständen sich soweit gebracht hat, einen eigenen gesunden Gedanken hegen zu können. Wie wenig heute in der Bildungsfrage die wahren Aufgaben von Staat und Gemeinde anerkannt und erfüllt werden, davon will ich nicht sprechen."

Doktor Helbing, der inzwischen tiefsinnig dagesessen hatte, hub nun plötzlich an:

„Die griechischen Akzente — — —"

Weiter kam er nicht, die Sache nahm sich zu komisch aus und ein allgemeines Gelächter schnitt dem Unglücklichen das Wort ab. Er war für diesen Abend ein toter Mann. Frau Meyer warf ihm einen wütenden Blick zu und gelobte sich, diesem hölzernen Schulmeister niemals wieder einen ähnlichen Auftrag zu geben.

Der Assessor erspähte nun die Gelegenheit, eine Schmeichelei für den Herrn Geheimen Kommerzienrat von Steinbeck anzubringen.

„Es mag sein," begann er, „daß Staat und Gemeinde in bezug auf Bildung nicht alles tun, was das Gemeinwohl von ihnen erfordert. Sie besitzen auch gewöhnlich die Mittel nicht. Um so mehr ist es anzuerkennen, wenn ein Privatmann aus eigenem Antrieb und aus reiner Menschenliebe für die Bildung seiner weniger günstig gestellten Mitmenschen Opfer bringt. So hat bekanntlich der Herr Geheime Kommerzienrat von Steinbeck" — der Assessor verbeugte sich — „eine Fortbildungsschule für seine jungen Arbeiter eingerichtet".

„Ja, ja," sagte die politische Landgerichtsrätin, „Bildung macht frei!" — Ihr Mann pflegte diesen Ausspruch öfter zu tun.

Dem Geheimen Kommerzienrat stieg der Weihrauch prickelnd in die Nase und er neigte huldvoll das Haupt gegen den Assessor. Ah, nun kam man endlich ab von der gefährlichen Debatte über die akademische Bildung; nun gelangte man auf das praktische Gebiet und da konnte er auch mitreden.

„Ja ja, solch eine Schule ist eine Wohltat für die Arbeiter, nicht wahr, Herr Born, Sie wissen das aus eigener Erfahrung?" sprach der Kommerzienrat mit Würde. Sein Hochmut war erwacht, und er dachte den Tischler zu demütigen, wenn er vor allen daran erinnerte, daß Born Lohnarbeiter gewesen. Aber Born hatte weder falschen Stolz noch falsche Scham und er antwortete ruhig und bescheiden:

„Das kommt ganz auf die Umstände an."

„Wie so?" fragte der Geheime Kommerzienrat betreten. Hier hatte er keinen Widerspruch erwartet.

„Wann wird der Unterricht in der Fortbildungsschule erteilt?" fragte Born.

„Abends, nach der Arbeit!"

„Und wie lang ist die Arbeitszeit?"

„Von morgens fünf bis abends sieben Uhr, mit den Pausen."

„Da werden viele Arbeiter von der Fortbildungsschule keinen Gebrauch machen!"

„Ja, ich halte sie für die minderwertigen."

„Ich nicht!" sagte Born.

„Und warum nicht?"

„Weil nach einer so langen Arbeitszeit jedermann nach Ruhe verlangt. Wer beinahe dreizehn Stunden gehobelt hat, der ist nicht mehr aufgelegt, einen Unterricht durchzumachen, der die ganze Spannung des Geistes beansprucht."

Der Kommerzienrat wußte im Augenblick nichts dagegen einzuwenden; er sagte nur mit einiger Verwirrung:

„Es gehen aber doch verschiedene Arbeiter zum Unterricht, weil ich darauf sehe."

„Das glaub ich gern," entgegnete Born, „aber sie tun es eben nur, weil Sie darauf sehen, und vom Unterricht profitieren sie wenig oder nichts."

„Sie verlangen wohl," fragte der Geheime Kommerzienrat, „daß ich die Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit verlege?"

„Gewiß!"

„Aber da ginge ja so und so viel Arbeitszeit verloren!"

„Das wäre kein Unglück."

Friedens wegen darüber hinweggesehen worden. Mit einer Firma ergaben sich dann noch Differenzen, an denen die Arbeiter kein Verschulden trifft. So mag denn der Kampf weiter gehen, und der Arbeiter wegen mag er auch, wie bereits aus Unternehmerkreisen der Berliner „Volkszeitung" mitgeteilt wird, demnächst auf andere Vertragsorte übergreifen. Die Arbeiter werden abwarten, wer letzten Endes dabei den kürzeren zieht.

Auch in Luckenwalde zeigte sich der Unternehmerverband in ähnlicher Weise als äußerst unsicherer Tarifkontrahent. Die Holzarbeiter werden jedenfalls ihre Lehren daraus ziehen und der Holzarbeiterverband wird seinerseits auf solche Provokationen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Dumafraktion. Man schreibt uns aus Petersburg: Die Wahl des Genossen Jagello, Mitglied der Polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.) zum Warschauer Dumaabgeordneten hat in den letzten Wochen in der russischen Arbeiterpresse zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Es wurde geltend gemacht, daß Jagello als Kandidat des „sozialistischen Blocks" (P. P. S.) und Jüdischer Arbeiterbund) gegen den Willen der Sozialdemokratie Polens und Littauens gewählt worden sei, und daß er seine Wahl nur den Stimmen der jüdischen bürgerlichen Wahlmänner verdanke. Infolgedessen wurde verlangt, daß Genosse Jagello nicht in die sozialdemokratische Dumafraktion aufgenommen werde. Die Fraktion hat nun, nach eingehender Kenntnisnahme aller Begleitumstände der Wahlkampagne in Warschau folgenden Beschluß gefaßt: „Obgleich es mangels genauer Angaben unmöglich ist festzustellen, ob der größere oder kleinere Teil des Warschauer Proletariats den Genossen Jagello zum Wahlmann aufgestellt und gewählt hat, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß er jedenfalls der Auserwählte eines bedeutenden Teiles der polnischen und jüdischen Arbeiter Warschaus ist, und daß seine Wahl unter sozialistischem Banner stattgefunden hat. Die Wahl des Genossen Jagello seitens der jüdischen bürgerlichen Wahlmänner ist bezeichnend dafür, daß selbst in bürgerlichen Kreisen die Ansicht sich festigt, daß nur die Sozialisten wirkliche Kämpfer für die gerechten Interessen der bedrückten Völkerschaften sind. Deshalb bedeutet die Wahl Jagellos einen Triumph der sozialistischen Ideen. In gleicher Weise erscheint seine Wahl als ein bedeutender Faktor für die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Polen. Genosse Jagello ist nach seinen Überzeugungen Sozialdemokrat. Diese Tatsache tritt aber schon ohnehin daraus hervor, daß er von dem Block des „Bundes" und der P. P. S. zum Kandidaten aufgestellt und unterstützt worden ist. Unter diesen Umständen begrüßt die sozialdemokratische Dumafraktion die Wahl des Genossen Jagello zum Warschauer Dumaabgeordneten. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß Genosse Jagello der Vertreter der P. P. S. ist, die sich mit der Sozialdemokratie Rußlands noch nicht vereinigt hat, fordert die Fraktion ihn auf, ihr mit beschließender Stimme in den Fragen der politischen Tätigkeit in der Duma und mit beratender Stimme in den inneren Fragen der Sozialdemokratie Rußlands beizutreten."

Das Protokoll des Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Basel am 24. und 25. November 1912 gelangt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin zur Ausgabe. Dem Anhang ist u. a. die Friedensrede des Basler Münsterpfarrers Täschler angefügt. Der billige Preis von 40 Pfg. macht die Anschaffung des Protokolls weiten Kreisen möglich. Zu beziehen ist es durch alle Parteibuchhandlungen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Barbier- und Friseurgeschäfte bleiben am zweiten Weihnachtsfeiertag an über 300 Orten geschlossen. Wo dies noch nicht geschieht, will die Gehilfenorganisation, daß keine Gehilfen beschäftigt werden sollen. was vielfach auch tariflich vereinbart ist. Die drei zweiten Feiertage sind unter 60 Sonn- und Feiertagen die einzigen Tage im ganzen Jahr, an denen die Friseurgehilfen sich frei machen können. Um ihnen dies nicht zu erschweren, sondern zur allgemeinen Durchführung dieser bescheidenen Reform beizutragen, ersuchen wir dringend darum, am zweiten Feiertag die Barbier- und Friseurgeschäfte zu meiden. Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

„So, so!" meinte der Kommerzienrat kopfschüttelnd, „das wäre kein Unglück!"

„Nein," entgegnete Born, „denn dreizehn Stunden täglicher Arbeitszeit sind zu viel. Entschuldigen Sie, daß ich so freimütig rede, aber Sie haben mich um meine Meinung befragt. Sobald Sie jedoch wünschen, brechen wir das Gespräch ab!"

„Nein," rief heftig der Kommerzienrat, „nein, wir brechen es nicht ab. Sie sollen mir nicht entwischen — Sie sind ein Sozialdemokrat!"

„Sozialdemokrat!" hallte es ringsum und alle Blicke richteten sich von neuem auf Fritz Born, die Medizinalrätin lorgnettierte ihn und der Polizeirat beugte sich zu dem Assessor hinüber:

„Das hab' ich mir gleich gedacht, als der Mensch vorhin so vorlaut von Freiheit sprach. Die immer die Freiheit im Munde haben — na, die Vögel erkennt man gleich an den Federn."

„Wir müssen ihn scharf beobachten lassen," flüsterte der Assessor zurück.

Born blieb ganz ruhig, während er wie ein fremdartiges Wesen betrachtet wurde und sogar Hermine ihn etwas scheu von der Seite ansah.

„Die Herren Sozialdemokraten reden immer den Arbeitern das Wort, die nicht arbeiten wollen," begann die politische Landgerichtsrätin mit erhobener Stimme.

„Den Faullenzern," rief Meta Knoll, „die andere vom Kirchgang abhalten."

„Und uns Hab und Gut nehmen wollen," fügte Frau Meyer hinzu.

„Hab und Gut!" echote der gute Hans.

„Meine Herrschaften," nahm nun Born lächelnd das Wort, „Sie ereifern sich über etwas, was gar nicht vorhanden ist; ich bin nämlich kein Sozialdemokrat und habe nie zu einer politischen Partei gehört."

„Ah, er leugnet," flüsterte der Polizeirat zum Assessor. „Ein ganz gefährlicher Mensch!"

Der Assessor nickte. Der Geheime Kommerzienrat aber hub an:

„Sie sagen, Sie seien kein Sozialdemokrat und verlangen doch kürzere Arbeitszeit oder wie nennen das doch noch die Sozialdemokraten? — Ah — ich hab's: Normalarbeitstag!"

„Ja, ja, Normalarbeitstag!" bestätigte mit hochernster Miene der Poliz

Otto Evers.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Grubenkatastrophe auf Zeche Minister Achenbach.

Ein früherer Steiger, Herr Werner-Essen, schreibt: Die Katastrophe auf Zeche Achenbach ist das fünfte Grubenunglück in diesem Jahre. In der Zeit vom 3. Juli 1912, an dem auf Zeche Osterfeld die Wetter schlugen und 16 Mann töteten, sind noch 116 Mann auf Zeche Lothringen und je 5 auf den Zechen Westende und Neumühl dem Feuer der Tiefe erlegen.

Der Herd des Unglücks ähnelt, ja er stimmt fast genau mit dem auf Zeche Lothringen überein. Die Flöze der Fettkohlenpartie, in denen sich über 90 Prozent aller Explosionen ereignen, liegen dicht beisammen. Durch kleine Schächte von einer Sohle zur andern werden diese Flöze aufgeschlossen und durch Querstrecken in gewissen Abständen wieder mit den Schächten vereinigt. So war es auf Zeche Lothringen und genau so auf Zeche Achenbach.

Wo und wie sich die Wetter entzündet haben, ist noch nicht bekannt. Es ist aber auch ziemlich gleichgültig. **Aber gerade an Zeche Achenbach läßt sich zeigen, wie die Vorbedingungen für solche Unglücke geschaffen werden; wie die Sicherheit der Gruben heruntergesetzt und nicht nur Massenunglücke** herbeigeführt, sondern auch der gesamte Gesundheitszustand heruntergesetzt wird. **Schon im Jahre 1909 ist in einer Eingabe des Deutschen Steigerverbandes an den Reichstag auf Zeche Minister Achenbach als eine Anlage hingewiesen worden, auf der bis dahin gesunde Verhältnisse durch die furchtbare Jagd nach Kohlen ins Gegenteil verkehrt werden.** Der betr. Absatz der Eingabe lautet:

„**Die schlechte Behandlung der Steiger, der große Druck auf die Förderung** und das System der vielen übereinander angeordneten Vorgesetzten tragen mit die Hauptschuld an der großen Erbitterung, die sich augenblicklich wieder besonders stark in der Arbeiterschaft bemerkbar macht.

Welchen Einfluß Vorgesetzte auszuüben vermögen, zeigen z. B. die Zechen Minister Achenbach, Rheinelbe und Alma.

Der Abgang der Arbeiter betrug hier in Prozent der Belegschaft:

	1906	1907	1908
Zeche Minister Achenbach	48	63	73
„ Rheinelbe I	38	42	61
„ Alma	29	37	47

Auf diesen Anlagen haben die Inspektoren bezw. Betriebsführer in den letzten Jahren die früher gute Behandlung ins gerade Gegenteil verkehrt. **Auf Zeche Minister Achenbach hat man z. B. die älteren Steiger direkt entlassen oder doch so schikaniert, daß sie gehen mußten . . .**"

Die Unglücke im Ruhrrevier müssen sich häufen! Der Betrieb unter Tage wird von Stinnes, Thyssen, Haniel usw. für am rentabelsten gehalten, je **rücksichtsloser mit den Steigern umgegangen wird, wenn sie nicht genug Kohlen liefern. Sie sollen stets hinter den Leuten her sein und diese antreiben.** Dazu kann man am besten junge Beamte gebrauchen. **Im Jahre 1909 führte der Besitzer von Zeche Achenbach, die Firma Stumm in Neunkirchen, dieses System ein.** Man holte einen als rücksichtslos bekannten Betriebsführer Roß von Zeche Königsborn nach Minister Achenbach. Dieser wiederum holte sich Verwandte und Bekannte heran. Um für diese Platz zu schaffen, entließ er die Mehrzahl der älteren Beamten. So mancher von ihnen hat, nachdem er sich im Dienste der Firma Stumm aufgeopfert, noch des Lebens Not kennen lernen müssen. Unter den von Roß Herangeholten befand sich z. B. einer, der als Schlepper von der früheren Zeche die Abkehr erhielt, heute aber schon Steiger ist. Das ist die Günstlingswirtschaft und sie herrscht auch heute noch auf der Zeche. **Dem Inspektor wird alles berichtet und zähneknirschend müssen es sich die Steiger gefallen lassen, daß sie des öfteren zur Strafe wieder in die Grube fahren müssen, durch Prämienentziehung bestraft und obendrein noch als Faulenzer usw. beschimpft werden.**

Der Druck der Steiger wirkt wiederum auf die Arbeiter ein und großer Arbeiterwechsel ist die Folge. **Der Arbeiterwechsel erhöht nun wiederum die Unsicherheit in der Grube, da es längere Zeit dauert, bis ein Arbeiter die Verhältnisse kennt.**

Die Steiger werden ferner durch die ihnen von der Oberleitung gemachten Schwierigkeiten gezwungen, ihre **ganze Aufmerksamkeit der Kohlenförderung zuzuwenden, die Sicherheit der Baue wird weniger beachtet.** Durch den intensiven Betrieb steigt aber schon an und für sich die Gefahr. **Und wir sind heute soweit im Ruhrrevier,** daß es eine ganze große Zahl Zechen gibt, auf denen nur der auslösende Moment fehlt, um ein Massenunglück herbeizuführen. Und Zeche Minister Achenbach ist ein Beispiel dafür. **Schon seit drei Jahren geht unter den Steigern der Gedanke um und ist oft ausgesprochen worden, die „Roßkur"** (so genannt nach dem Inspektor Roß) **läßt noch einmal die Flammen zum Schachte herausschlagen.**

Die „Roßkur" hat aber auch die gesamte Krankenziffer erhöht. Das zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Belegschaft	Erkrankungen infolge Krankheit insgesamt	in Proz.	Unfall insgesamt	in Proz.
1905	1854	889	48	345	18
1906	2130	1050	49	380	18
1907	2216	1181	53	475	21
1908	2419	1293	53	574	24
1909	2559	1168	46	689	27
1910	2568	1793	70	795	31
1911	2618	1761	67	717	28

Wie lange werden Reichstag und Landtag noch zusehen, wie die Zahl der Opfer wächst? Sollten die eben geschilderten Zustände nicht beweisen, daß Abhilfe geschaffen werden muß?

Aus dem Gerichtssaal.

21½ Jahre Zuchthaus, 30 Jahre Ehrverlust und zwei Jahre sieben Monate Gefängnis als Ergebnis einer einzigen kaum eine Woche währenden Schwurgerichtsperiode im heiligen Trier. Es ist nicht das erste Mal, daß unsere Presse bei Besprechung des interessanten Kapitels „Religion und Verbrechen" Trier als Vergleich heranzog. Erst kürzlich machte die aufsehenerregende Mitteilung eines Trierer Gerichtsvorsitzenden die Runde durch die Presse, daß in dem katholischen frommen Trier mehr Meineide geleistet werden als in der Großstadt Köln. Auch das obige Resultat ist nicht weniger interessant; zwar waren es diesmal keine Meineide, wenn auch in der letzten Verhandlung gleich im Gerichtssaal drei Zeugen, und zwar ein Vater mit seinen zwei Söhnen wegen Meineides verhaftet wurden. **Aber diesmal handelt es sich um schwere Roheitsdelikte, die teilweise einen geradezu unglaublich tiefen Kulturstand verrieten. Vier Mordversuche waren es, die zur Anklage standen, und sie entrollten folgende Bilder: Bei einer Kirmeßfeier gerieten zwei Vettern aus geringfügiger Ursache in Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Der Angeklagte, ein kräftiger Mann, begnügte sich aber nicht damit, mit den Fäusten seinen Gegner zu verprügeln. Er eilt nach Haus, holt ein langes Brotmesser und sticht es dem Vetter mit voller Wucht in den Leib, so daß der Tod sofort eintritt. Er kehrt ins Haus zurück und was** sagt man dort zu dieser furchtbaren Bluttat, die ein blühendes Menschenleben vernichtet, eine Frau und Kind ihres Ernährers beraubt hat? Die Mutter sagt zu ihrem Sohne: „Gut, daß er kaput ist." — Nr. 2: In einer Wirtschaft hält ein Arbeiter wider ihren Willen zwei Mädchen fest. Als er deswegen von einem andern einige Ohrfeigen erhält, begibt er sich nach Haus, holt sein Gewehr und lauert aus dem Hinterhalt seinen Gegnern auf. Aus dem Dunkel des Waldes gibt er einen Schuß auf seine vermeintlichen Gegner ab. Er trifft zwei völlig Unbeteiligte und verletzt beide lebensgefährlich. In der Verhandlung leugnet er verstockt und wird von Mutter und Geschwistern treulich unterstützt, bis er unter der Last der Beweise die Tat eingesteht. — Nr. 3: Ein Wilderer glaubt sich beim Wildern beobachtet von zwei Männern, und ohne sich lange zu besinnen, legt er sich auf die Lauer, um die Leute aus dem Hinterhalt niederzuknallen. Nur weil die Kugel einige Millimeter zu hoch ging, wirkt sie nicht tödlich. — Nr. 4: Wieder ein Streit zwischen einem Arbeiter und einem Händler. Ersterem war es gelungen, dem Händler einen Stock zu entreißen. Um ihm diesen abzunehmen, begibt er sich mit dem Revolver in die Wohnung und schießt. Und wieder ist es nur ein glücklicher Zufall, wenn die Kugel fehlgeht. — Drängt sich angesichts dieser Bilder nicht der Gedanke auf, wie unwahr es ist, wenn immer wieder die Religion als das festeste Bollwerk gegen Verbrechen und Sittenlosigkeit angepriesen wird, wenn in einer Gegend, in der kein Hauch unseres modernen Lebens weht, in der kein anderes Blatt gelesen wird als die Zeitungen aus dem bekannten Dasbach-Verlag in Trier, in denen der Geistliche alles ist, derartig rohe Verbrechen passieren? Das hält natürlich die Zentrumspresse nicht ab, in der infamsten Weise von den verderblichen verrohenden Ideen und Bestrebungen der Sozialdemokratie zu reden.

Die Philosophie des Völkermordes.

Zwischen dem General der Kavallerie z. D. von Bernhardi und der "Deutschen Revue" ist eine Polemik im Gange „über die Grenzen der diplomatischen Kunst." Der General, der als ein ebenso tüchtiger Fachschriftsteller wie ein rücksichtsloser Draufgänger bekannt ist, kommt in seinen Artikeln, die er in der „Post" veröffentlicht, zu dem höchst einfachen Resultat, daß die „Grenzen der diplomatischen Kunst" ganz einfach gegeben sind durch die kriegerische Macht. Der Staat, der die Macht hat, seine Gegner niederzuzwingen, diktiert diesen die Bedingungen, alles andere ist Firlefanz. So unrecht hat der brave General nicht. Es gilt in der kapitalistischen Welt einfach das Faustrecht, zwar nicht innerhalb des Staates, aber im Verkehr der Staaten untereinander. Wer die Kraft hat zu räubern, der räubert.

Nun kommt Bernhardi aber zu dem betrübenden Ergebnis, daß Deutschland zwar räubern möchte und sollte ,aber nicht kann. Räubern soll das geliebte Vaterland, dazu hat es „berechtigte Forderungen". Denn

> Was unsere Kolonialpolitik betrifft, so ist es, glaube ich, unmöglich, alle unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen, ohne auf Gebiete zurückzugreifen, die wir zurzeit allerdings anderen Staaten überlassen haben. Auch das englische Kolonialreich besteht zum großen Teil aus eroberten und annektierten Ländern. Die Welt ist eben verteilt, und da wir bei der Verteilung zu kurz gekommen sind, muß bei günstiger Gelegenheit eine Korrektur der Karte vorgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß von einer Eroberungspolitik ad hoc nicht die Rede sein darf, und daß wir bemüht sein müssen, soviel als möglich auf friedlichem Wege zu erreichen. Dagegen würde es nach einem siegreichen Kriege zweifellos geboten sein, auch die kolonialen Fragen in unserm Sinn zu regeln. Eine unsern wirklichen Bedürfnissen entsprechende Erweiterung unseres Kolonialbesitzes durch diplomatische Verhandlungen zu erreichen, ist dagegen allem Anschein nach unmöglich.

Die Logik schwankt hier ein wenig infolge der Scheu, alles rund heraus zu sagen. Es ist so verdammt einfach: Kolonialpolitik ist Raub; „berechtigte Forderungen" sind Blödsinn. Weder hatte England die Berechtigung, Indien und andere Gebiete einzustecken, noch hat Deutschland die Berechtigung, andern Staaten Kolonien zu entreißen. Andere haben geraubt, Deutschland muß darauf bedacht sein, daß es nach einem siegreichen Kriege ebenfalls rauben kann. Punktum.

Aber mit dem Können haperts. Denn:

> Daß Rußland, Frankreich und England gegen uns verbündet sind, daß sie den Krieg gegen Deutschland bereits militärisch vorbereitet haben, und daß sie uns und unseren Verbündeten zu Lande wie zur See numerisch gewaltig überlegen sind, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Daraus ergibt sich doch wohl, daß sie in der Lage sind, jede politische Aktion Deutschlands, die ihre Interessen verletzt, durch Drohung oder durch Gewalt zu verhindern, wenn wir es nicht auf einen Krieg ankommen lassen wollen. Das ist ja auch in der Marokkoangelegenheit geschehen und in ganz Deutschland tief empfunden worden.

Also? Trotzdem den Krieg!

> Keine noch so geniale diplomatische Kunst kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der Zusammenbruch der europäischen Türkei für Deutschland ein schwerer Nachteil ist, oder daß die russischen und österreichischen Interessen auf dem Balkan in unversöhnbarem Gegensatz stehen, oder endlich, daß jede Schwächung Österreichs zugleich das Deutsche Reich betrifft. Diese Tatsachen kann die Diplomatie verschleiern, sie kann vielleicht einen Zustand schaffen, der allen Parteien annehmbar erscheint, weil jede glaubt, ihn zu ihrem Vorteil ausbeuten zu können. Dauernde und gesunde Zustände vermag sie aber nicht herbeizuführen, so lange die vielen streitenden Interessen nicht zum Nachteil des einen oder andern endgültig ausgetragen sind. So läuft man bei dem diplomatischen Intrigenspiel besonders dann Gefahr, übervorteilt zu werden, wenn man dem Gegner die Initiative überläßt und sich selbst auf die Abwehr und die Erhaltung beschränkt. In der Staatskunst gilt wie im Kriege das Gesetz, daß der Handelnde, der Wollende, der, der die Initiative behauptet, die größten Chancen des Erfolges hat — der Verteidiger aber meist unterliegt. Das gilt besonders für den, der es mit einer Übermacht zu tun hat.

Wie der brave General trotz der von ihm betonten Überlegenheit der Gegner den Krieg zum Zweck eines erfolgreichen Raubes führen will, ist vorläufig sein Geheimnis.

Was die Gegner auf dieses Kriegsgeschrei antworten, ist höchst gleichgültig. Denn wenn sie offen sein wollten, könnten sie antworten: weil wir nicht räubern können, lassen wir es vorläufig bleiben und warten ab, ob es nicht besser kommt.

Vom Standpunkt der proletarischen Logik lautet freilich die Antwort anders: es gibt keinen Gegensatz zwischen den Völkern, es gibt nur einen Gegensatz der kapitalistischen Räuberbanden, die „nationale Interessen" heucheln. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Völker diesen Räuberbanden das Handwerk legen.

Oldenburger Landtag.

h. Am Sonnabend fand die letzte Plenarsitzung des Landtags statt; alsdann geht derselbe bis zum 10. Februar 1913 in die Ferien. Die Dauer der Tagung ist bis zum 8. März verlängert.

Erledigt wird eine Abänderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. Die Gesetzesänderung bezweckt, daß alle Beamten, welchen eine Anwartschaft auf Ruhegehalt in Aussicht gestellt wird, nicht zur Angestelltenversicherung angemeldet zu werden brauchen. Die Gesetzesänderung wird angenommen.

Erledigt wird das Finanzgesetz für 1913, wozu eine Reihe Anträge gestellt sind, welche Grundsätze für die Gewährung von Zuschüssen an kommunale höhere Lehranstalten aufstellen.

Zur Vorlage betreffend die Erhöhung des Diensteinkommens der im Staatsdienste beschäftigten Beamten und Arbeiter sind zur zweiten Lesung eine Reihe Abänderungsanträge gestellt. Die Regierung läßt erklären, daß sie nicht in der Lage sei, einmal die Erhöhung der Zulagesätze von 120 auf 150 Mk., bezw. 108 auf 144 Mk. anzunehmen und dann auch noch die Ledigenabzüge fallen zu lassen. Die Belastung der Finanzen durch beide Beschlüsse erster Lesung ist zu groß, als daß sie die Veranwortung für das Zustandekommen dieses Gesetzes noch übernehmen könne.

Abg. Meyer (Soz.) gibt die Erklärung ab, daß er und seine Freunde Gegner dieser Ledigenabzüge seien. In erster Linie treten sie aber für die Erhöhung der Sätze ein; um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, sei er bereit, dem Ledigenabzug jetzt zuzustimmen, stellt aber eine Anzahl Milderungsanträge.

Abg. Tantzen-Stollham (Lib.) stellt einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, ob nicht eine Junggesellensteuer sich empfehle, um Mittel zur baldigen Beseitigung der Ledigenabzüge zu bekommen.

Abg. Hug (Soz.) erklärt, gegen den Antrag zu stimmen, einmal, weil im Einkommensteuergesetz die Abzüge für Kinder festgelegt sind, dann weil es untunlich ist, solche grundsätzliche Frage hier hineinzuwerfen.

Der Antrag Tantzen wird mit kleiner Mehrheit angenommen. Nach lebhafter Debatte wird der Ledigenparagraph angenommen, mit einigen Milderungen.

Es folgt die Beratung der Anträge über die Deckungsfrage. Abg. Meyer (Soz.) will weitere Überschüsse der Eisenbahn zur Deckung heranziehen. Abg. Müller-Brake (Lib.) beantragt die Deckung durch einen zehnprozentigen Steuerzuschlag. Abg. Müller-Nutzhorn fordert auf, daß alle, welche das Volk abschrecken wollen für ewige Gehaltszulagen, für den 10prozentigen Zuschlag stimmen möchten. Abg. Hug (Soz.) protestiert gegen eine solche Bosheitspolitik und erwartet von jedem liberalen Mann, gegen Steuerzuschläge zu stimmen.

Abg. Müller-Brake: Es ist unmöglich, durch größere Heranziehung der Eisenbahnüberschüsse die Kosten zu decken, ohne den Eisenbahnbetrieb zu gefährden. Die Sozialdemokraten sind nur deshalb gegen die Zuschüsse, weil sie durch das Herbeiführen unordentlicher Finanzen hoffen, den Staat am besten zu ruinieren.

Abg. Hug (Soz.) erklärt, sich in Gesellschaft mit der Regierung zu befinden, die unserm Antrag zustimmt. Der heutige Staat wird erhalten von all den Steuerzahlern mit einem Einkommen von unter 2000 Mk., deren Zahl über 90 Proz. beträgt. Unser Streben ist, die Steuerzahler mit einem Einkommen von wenigstens 600 Mk. an steuerfrei zu bekommen, wo heute schon von 450 Mk. an Einkommensteuer erhoben wird. Die Deckungsfrage geschieht, wie gesagt, im Einverständnis mit der Regierung.

Der Antrag auf Steuererhöhung wird mit großer Majorität abgelehnt, die Anträge Meyer angenommen.

Bei der namentlichen Abstimmung über das Gesetz stimmen 14 Abgeordnete gegen das Gesetz, 30 Abgeordnete für dasselbe, das damit angenommen ist.

Über die zweite Lesung des Etats wird namentlich abgestimmt. Abg. Hug (SD.) gibt eine Erklärung ab, daß er und seine Freunde dagegen stimmen werden, weil die Regierung die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht anerkenne. Die Agrarier, die den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, haben kein Recht, wenn sie versuchen sollten, aus unserer Abstimmung Kapital zu schlagen. Es gibt keine schärferen Gegner des konstitutionellen Staates als die Agrarier, die nur nicht den Mut haben, das zu erklären.

Das Finanzgesetz wird alsdann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Aus Nah und Fern.

Für die Reichsverbandsliste. Der Rechtsanwalt und Notar Hardell in Adlershof bei Berlin wurde unter dem Verdacht der Untreue verhaftet. Er befand sich seit längerer Zeit in schwerer finanzieller Bedrängnis.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Sonnabend morgen 7¼ Uhr, kurz vor dem Beginn der Arbeit, erfolgten in der Schwarzfarbenfabrik von Heller u. Tutt in der Radertaler Straße in Köln mehrere Explosionen, die schließlich den Einsturz des ganzen Fabrikgebäudes herbeiführten. Die Ursache ist unbekannt. Von den wenigen anwesenden Beamten der Fabrik wurde der Fabrikmeister Peckmann verschüttet, sodaß sein Tod herbeigeführt wurde. Zwei andere Beamte wurden schwer, zwei Feuerwehrleute leicht verletzt.

Doppelraubmord. Als der Wildprethändler Reinholz mit seiner Frau von Zabrze nach seinem Heimatdorf Pyskowcz in Böhmen zurückkehrte, wurden sie auf der Straße von Räubern überfallen. Beide wurden ermordet und beraubt. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Racheakt eines betrogenen Ehemannes. Ein Eifersuchtsdrama spielte sich in einem Restaurant in Görlitz ab. Der Bergbaubeamte Butke aus Steele in der Rheinprovinz verletzte durch Messerstiche den Sänger Hoffmann vom Görlitzer Stadttheater, da Hoffmann ein Liebesverhältnis mit der Frau des Beamten unterhielt. Hoffmann mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Der Täter stellte sich darauf selbst der Polizei.

52 Todesopfer! Wie sich bei der nochmaligen Revision der Kontrollmarkenliste auf Zeche „Achenbach" herausstellte, werden noch zwei weitere Bergleute vermißt, die zweifellos tot in der Grube liegen. Die Zahl der Toten hat sich auf 52 erhöht. Neun Verletzte liegen noch in den Krankenhäusern. Nach der Explosion entstand ein Grubenbrand, der bisher noch nicht gelöscht werden konnte. Es hat sich daher als notwendig erwiesen, das Revier abzumauern. Aus diesem Grunde ist es bisher unmöglich, die Ursache der Explosion zu erfahren, was um so nötiger erscheint, als die Arbeiter schwere Mängel an der Grube rügen. — Über das Unglück werden entsetzliche Einzelheiten bekannt. Die Leiche des Steigers Küpper wurde auf einem Grubenstempel liegend aufgefunden, in den der Unglückliche sich so festgebissen hatte, daß das Nasenbein gebrochen war. Unter den Verunglückten befindet sich auch ein fünfzehnjähriger Knabe, der erst seit kurzem im unterirdischen Grubenbetrieb beschäftigt war. Die betagte Mutter erkannte ihren gräßlich verstümmelten Sohn nur an den Schuhen und Strümpfen wieder. Ein Bergmann, der die Katastrophe von einem benachbarten Flötz beobachtet hat, schildert sie folgendermaßen: „Ich hörte ein unheimliches Geräusch, und ich hatte sofort die Gewißheit, daß etwas Furchtbares passiert sein mußte. Ich erinnerte mich, daß bei Schlagwetterkatastrophen oft die einzige Rettung ist, sich auf den Boden lang hinzuwerfen. Im selben Augenblick ertönte auch schon ein furchtbarer Knall, dem noch drei oder vier andere folgten. Die an den benachbarten Stellen Arbeitenden riefen durcheinander, als auch schon ein ungeheurer Steinregen begann, der einen Teil der Zimmerung umriß." Der Bergmann lag dann mehrere Stunden regungslos, angsterfüllt auf dem Boden, wobei er fast das Bewußtsein verlor. Schließlich schleppte er sich zum Schacht. Auf dem Wege dorthin kam es ihm vor, als ob die Temperatur unerträglich heiß geworden sei, auch das Atmen fiel ihm schwer. Am Schacht traf er dann auf Kameraden, die ihm zu Hilfe kamen. Andere Bergleute berichteten, daß die Flammen mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit durch die unterirdischen Gänge strichen.

Entdeckung einer Engelfabrik in Archangelsk. In einer entlegenen Vorstadt von Archangelsk wurde eine Engelfabrik entdeckt, in der im Laufe von 35 Jahren **über 1000 Kinder** umgebracht worden sind. Die Engelmacherin Kusnezow wurde verhaftet, desgleichen der Stadtarzt Kutusow, der der Kusnezow Totenscheine ohne Besichtigung der Kinderleichen ausgestellt hatte. Es steht ein Sensationsprozeß bevor, bei dem viele Personen beteiligt sein werden.

Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Biertisch räsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für den

„Lübecker Volksboten"

Eine Wahnsinnstat. In Schweningen überfiel der 24 Jahre alte Sohn des Bürgermeisters Bürk, mit Revolver und Beil ausgerüstet, seinen schlafenden Vater und verletzte ihn durch mehrere Revolverschüsse und Beilhiebe so schwer, daß nach 8 Uhr vormittags der Tod eintrat. Der seinem Vater zu Hilfe eilende zweite Sohn erhielt einen gefährlichen Schuß in den Oberarm. Die Polizei wurde von dem Vatermörder ebenfalls mit Schüssen empfangen, die aber fehlgingen. Darauf legte der Mörder an verschiedenen Stellen des Hauses Feuer an, das aber schnell gelöscht werden konnte. Dann verletzte er sich durch zwei Revolverschüsse in den Kopf, jedoch nicht lebensgefährlich. Er wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenzelle des Krankenhauses gebracht.

Ein frecher Raubüberfall. In Köln wurde Sonnabend vormittag ein junger Mann, der für eine hiesige Firma Geld nach der Bank gebracht hatte, von drei Männern in ein unbewohntes Haus in der Hubertusstraße gelockt, niedergeschlagen, betäubt und ausgeraubt. Die Uhr und Kette und ein Wechsel auf 900 Mk. fielen den Räubern in die Hände, die unerkannt entkamen.

Opfer des Sturmes. Bei einem Sturm im Kaspischen Meere kenterten 15 Fischerboote mit einer Besatzung von zusammen **41 Fischern**, die wahrscheinlich ertrunken sind.

Die Pest ist auf Java ausgebrochen. Bis jetzt sind 308 Erkrankungen bekannt geworden, von denen **283 tödlich** verlaufen sind.

22 Seeleute ertrunken. Der Dampfer „Florence" der Furneß-Linie, der sich mit allgemeiner Ladung auf der Fahrt von Halifax nach St. Johns befand, wurde am Morgen des 20. Dezember beim Kap Race im Sturm vollständig wrack. Der Kapitän und 21 Mann ertranken. Der 2. Offizier und 4 Matrosen wurde gerettet, nachdem sie zwei Tage in einem Boot umhergetrieben waren. Das Schiff ist vollständig verloren.

Erdbeben. Ein heftiges Erdbeben mit starken vertikalen und horizontalen Stößen jagte gestern früh 9 Uhr 20 Minuten der Bevölkerung von Reggio di Calabria großen Schrecken ein. Laut schreiend flüchtete alles aus den Häusern auf die freien Plätze und aufs offene Feld. Wahre Schreckensszenen spielten sich in den engen Gassen ab. Doch sind weder Menschenleben noch Materialschaden zu beklagen. — Im Küstengebiet von Odessa erfolgten mehrere aufeinander folgende Erdstöße, die sich auf drei Werst ausdehnten und die Gestalt der in Mitleidenschaft gezogenen Küste veränderten. Der Meeresboden hob sich, es entstand eine Springflut, und mehr als zwanzig Häuser in der Umgegend von Otrada wurden beschädigt. In der Erdoberfläche bildeten sich Risse bis zu 150 Mtr. Tiefe. Der Schaden ist unbeschreiblich groß, allein der Verlust an dem durch Risse zerstörten Grund und Boden beträgt mehrere Millionen Rubel.

Die Typhusepidemie in Hanau. Von der Behörde wird jetzt amtlich bekannt gegeben, daß beim ersten Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 3 Typhuserkrankungen festgestellt worden sind. Im Anschluß daran wird betont, es bestehe die Befürchtung, daß der Main mit Typhusbazillen verseucht sei. Deshalb werde eindringlichst vor dem Gebrauch und Genuß des Mainwassers gewarnt. Bei einer Kompagnie sind vier Neuerkrankungen vorgekommen. Der Verlauf der Krankheit ist im allgemeinen günstig. Der allgemeine Zustand der Kranken ist zufriedenstellend. Von 211 Lazarettkranken sind zurzeit 15 schwerkrank.

Ein schweres Verbrechen wurde in Chikago verübt. Im belebtesten Viertel der Stadt wurde der Diamantenhändler Logue in seinem Laden ermordet und beraubt. Das Geschäft des Ermordeten befindet sich in unmittelbarer Nähe des Mc. Vickar-Theaters. Die Leiche wies 17 Stichwunden und eine Schußverletzung auf. Außerdem waren beide Augen mit einer Säure ausgebrannt. Aus dem Laden sind wertvolle Juwelen und andere Schmucksachen verschwunden. Bis jetzt konnte die Polizei keine Spur von dem Raubmörder entdecken.

Ostelbische Schul-Mandarinen. Vor kurzem hat sich der Lehrer Friedrich Köppen aus Crossen (Kreis Bromberg) erschossen, und zwar nach dem allgemeinen Urteil seiner Kollegen einzig aus dem Grunde, weil er die Behandlung durch seinen Kreisschulinspektor, einen ehemaligen evangelischen Geistlichen, nicht länger zu ertragen vermochte. Zwei- bis dreimalige Revision in der Woche, niemals ein anerkennendes Wort, sondern stets Tadel, Spott, Verweise und Drohungen mit noch strengeren Maßregeln, das waren die Mittel, durch die der junge Mann „erzogen" werden sollte und die ihn zuletzt am Leben verzweifeln ließen. Ein zweiter Fall — freilich nicht ganz so tragisch — folgte diesem unmittelbar: der Lehrer Matschke aus Drackowo bei Gnesen entzog sich allen Weiterungen durch die Flucht. Das Bedenkliche bei der ganzen Sache ist, daß es sich hier nach einer Darstellung der „Posener Lehrerzeitung" nicht um Ausnahmefälle handelt, sondern um Wirkungen eines Systems, als dessen Träger die Zeitung den Geheimen Regierungs- und Schulrat Dr. Waschow in Bromberg bezeichnet. Dieser Schulaufsichtsbeamte fuhr einst einen um seine Versetzung bittenden Lehrer mit den Worten an: „Machen Sie schleunigst, daß Sie nach Hause kommen; kommen Sie nicht wegen solcher Lappalien hierher!" und als der so Zurechtgewiesene trotzdem noch etwas zu sagen wagte, hieß es: „Ich habe Ihnen gesagt, was Sie machen sollen. Haben Sie nicht verstanden?" Eine junge Lehrerin inspizierte der Herr Geheimrat in der Form, daß er sie an seinen Wagen kommen, sich dort von ihr einige methodische Fragen beantworten ließ und dann weiterfuhr. Ein solches Beispiel an „höherer" Stelle weckt natürlich Nacheiferung, und man wundert sich nicht, wenn ein Kreisschulinspektor, von einem ständig getadelten Lehrer aufgefordert, ihm doch einmal zu zeigen, wie er's machen solle, die Antwort gab: „Dazu bin ich nicht da! Ich bin lediglich Aufsichtsbeamter." Es würde eine Wohltat für die Lehrer und das ganze Volksschulwesen sein, wenn eine derartige „Schulaufsicht" beseitigt würde. Vor allem sollten Geistliche nicht Schulinspektoren sein. Und als solche sind auch die sogenannten „höher Studierten", die Herren Doktoren, die aus eigener praktischer Erfahrung vom Volksschulwesen in der Regel gar nichts kennen, sondern nur nach einem kultusministeriellen Schema inspizieren, durchaus zu entbehren. Nach vernünftigem und gerechtem Ermessen sollte die Inspektion lediglich wirklichen Lehrkräften, Männern und Frauen, die aus der Volksschule selbst hervorgegangen sind und in ihr im Lehramt sich bewährt haben, übertragen werden.

Fortschritte der drahtlosen Telephonie. In den letzten Wochen haben, wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, von Nauen nach Berlin täglich Versuche stattgefunden, drahtlos zu telephonieren. Die Versuche haben zu dem Ergebnis geführt, daß man ohne Schwierigkeit einen ganzen Zeitungsartikel drahtlos telephonieren kann und die drahtlose Meldung auch in einer Entfernung bis zu 400 Kilometer verstanden werden würde, wenn die Apparate der Empfangsstation entsprechend gestellt sind. Diese Vervollkommnung der drahtlosen Telephonie in Deutschland ist angeblich auf die Leistung der Hochfrequenzmaschinen des Telefunkensystems zurückzuführen. Interessant ist, daß das Observatorium in Potsdam, das zur Aufnahme von Eiffelturmzeitsignalen eine drahtlose Empfangsstation hat, vor einigen Tagen die Umfrage stellte, woher die Zeitungsvorlesungen kommen, die neben den Signalen vernommen werden. Nach der neuesten Statistik gibt es in der Welt rund 3500 Stationen mit drahtloser Telegraphie; darunter werden Kriegs- und Handelsschiffsstationen, Küstenstationen und „militärische Stationen auf dem Lande" verstanden. Ein Drittel dieser Stationen ist mit Telefunken ausgerüstet, ein Drittel mit Marconiapparatne und ein Drittel mit Apparaten verschiedener Systeme.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Das Wandern im Winter.

Es gibt eine Anzahl Leute, die, wenn vom Wandern die Rede ist, immer nur an den Frühling und Sommer denken. Sie können es nicht verstehen, daß auch der Herbst und nicht zum mindesten der Winter dem in die Natur Hinausstrebenden sehr viel Angenehmes bietet. Eine Herbst- oder Winterlandschaft steht in keiner Weise einer Sommerlandschaft nach. Deshalb sollten alle wanderlustigen Genossen auch die Wintersonntage benutzen, um in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten die Schönheiten der Natur zu bewundern. Der Touristenverein „Die Naturfreunde" hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier durch die Tat anspornend zu wirken und gleichzeitig den Wander-Veranstaltungen der Wandervögel, Jungdeutschlandbund usw. ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Für den ersten Weihnachtstag ist nun von den hiesigen Naturfreunden in Gemeinschaft mit den Kieler Naturfreunden eine interessante Tour geplant. Morgens 7,46 Uhr wird von Lübeck nach Eutin gefahren. Nach der Vereinigung mit den Kielern gehts über Kassedorfer Tannen, Kassedorf, große Waldkoppel, Buchholz und Schellholz zum Bungsberg, evtl. zum Uklei-See. Über Kirchnüchel, Klein-Nüchel wird dann nach Benz marschiert, von wo die Rückfahrt abends 6,57 Uhr erfolgt. Wer diese Tour kennt, wird zugeben müssen, daß sie herrliche Partien bietet. Wer am 1. Weihnachtstage die nötige Zeit und Lust hat, möge sich an dieser Tour beteiligen. Jedermann ist herzlich willkommen. Sammelpunkt 7½ Uhr präzise am Bahnhof.

Die Naturfreunde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt
am Dienstag, 24. Dez. 1912
von vormittags 8 Uhr ab
an der Holstenbrücke. 6352

Statt besonderer Anzeige.
Am Sonntag morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Louise Bunge
verw. Brinckmann, geb. Stührenberg
im 51. Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert von mir, unseren Kindern und allen, die ihr nahe standen.
Adolph Bunge.
Lübeck, den 23. Dezbr. 1912.
Reiferstraße 37a.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 24. Dezember, nachmittags 1¾ Uhr, in der St.-Lorenz-Kirche statt. (6368

Vom Grabe meines lieben Mannes und unseres guten Vaters und Schwiegervaters zurückgekehrt, sagen wir allen herzlichen Dank, die seinen Sarg so reich mit Kränzen geschmückt und die ihm das letzte Geleit gegeben haben. Im Namen der trauernden Familie.
Frau Ww. Beth,
6346) Rensefeld, Mühlenstraße.

Verspätet.
Unserm Sangesbruder **Ernst Cronek** nebst seiner jungen Frau ein dreimal donnerndes Hoch zum Hochzeitsfest.
6357) **Die Sänger des Gesangvereins Liedeslust.**

Für die Unterstützung von den Arbeitern der Firma Henry Koch sage meinen besten Dank.
6379) **C. Schlichting.**

Gesucht z. 1. April von einzelnen Leuten eine **Wohnung** v. d. Burgtor, pt. od. 1. Etg. Preis 200 Mk. Ang. u. **B 12** a. d. Exp. d. Bl. (6355

Zu sofort gesucht leeres Zimmer mit Bett, etwas Nebengelaß für Mutter und Kind für kurze Zeit. Offert. unt. **N E** an die Exp. d. Bl.

Ges. zum 1. April eine Zwei- bis Dreizimmer-Wohnung v. jg. Leuten m. 1 Kind, am liebsten Holstentor. Ang. m. Preis u. E K 100 an die Exp. d. Bl. (6354

Ein Laufbursche
im Alter von 14 Jahren sofort gesucht. 6378
„Zur Mühle", Sandstr. 4.

6341 **Kinderwagen gesucht.**
Moisl. Allee 2c, im Zigarrenladen.

Ein **Kasten mit Schafen** zu verkaufen. (6347
Westphal, Augustenstr. 9a.

Ein Jünglings-Paletot
(fast neu) billig zu verk.
6348) Werderstr. 7, II.

Weinflaschen u. ein Fahrrad
zu verkaufen. (6359
Brüderstraße 16.

Ein Schleifstein
zu verkaufen. (6345
Ludwigstr. 71, I. r.

Zu verk. **Schaukelpferd, Kinderwagen und Tritimaschine.**
6344) Kloppenstr. 14 a. p.

Ein guterhaltener Turn-Anzug und Rollschuhe billig zu verkaufen.
6354) Engelsgrube 43/17.

Starke Lanbsäge für Knaben, 5 Mk. Fünfhausen 16, H. 8. (6342

Kinderklappstuhl
zu verkaufen.
6338) Friedenstr. 45.

Verkaufe: **Kanarienhähne und Weibchen, Bastardhähne** von Stieglitz u. Kanarien, Dompfaffen, **Stieglitze, Zeisige** usw. (6204
Wilh. Sien, Augustenstr. 6.

Harzer Kanarien-Hähne und Weibchen in großer Auswahl. Hähne 6 Mk. (6365
Glorinstraße 32/34, part. links.

Junger Hamb. Silberlackzuchthahn billig zu verkaufen.
6294) Brolingstraße 44.

Eimerbier
diese und nächste Woche **Montag.** 6350
F. Weiermüller Nachf.

Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.
Da nämlich manche behaupten, daß die von uns zur schnellen Einführung von Ragoda-Schnellwaschmittel, um die große Zeitungsreklame zu sparen, angebotenen silbernen Zugaben „Stempel 800/1000" nicht echt seien, weisen wir darauf hin, daß es **unter Garantie** echte Wertsachen sind, die nur gangbare 800/1000 gesetzlich gestempelte Qualität sind und auch die anderen Gegenstände beste Handelsware ist. Lassen Sie sich in den Läden dieselben zeigen und die Prospekte darüber geben. Gegen Einsendung der Gutscheine von 5 Pfd. geben wir bis Ende ds. Js. gratis und franko u. a. 1 ff. echt silberne Busennadel oder 1 ff. Kollier, gestempelt 800/1000, von 10 Pfd. 1 größeres desgleichen oder 3 Ia. Alp. Eßlöffel oder 3 Alp. Silber-Teelöffel 2c. (1913 sind doppelt soviel Gebrauchsanweisungen nötig.) Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra zur Einführung von Ragoda gegeben. Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Einzig in seiner Art. D. R. G. M. 418136. 1-Pfd.-Paket nur 55 Pfg.
Schumann & Wille, Wittenberge. (4859

Dr. Schuhr 6358
Vom 24. bis 29. Dez. verreist.

A. Rogge, Schneiderin
wohnt jetzt: (6376
Warendorpstraße 12, II.

Ehrenerklärung.
Die beleidigenden Worte, die wir über die Familie Hans Beth, Fackenburg, ausgesprochen haben, nehmen wir hiermit zurück und erklären dieselbe als eine ehrenhafte Familie.
Fritz Rooks und Frau,
6390) Lübeck, Vorbeckstraße 14.

Eine schw. Handtasche m. Portem. u. Inhalt verlor. auf d. Wege Breite Str. bis Maiblumenstr. Geg. Belohn. abzugeb. Maiblumenstr. 7, II. (6360

Verloren eine braune **Handtasche** mit Portemonnaie und Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung.
6367) Schwartauer Allee 94.

Starke Schulränzel u. Schaukelpferde von 4 Mark an.
6153) **Engelsgrube 72.**

Zum Weihnachtsfest
empfehle: (6253
Braune u. weiße Kuchen, Mandelkuchen, braune und weiße Pfeffernüsse : : :
vorzüglich im Geschmack.
G. Dose, Engelsgrube 57.
Bäckerei m. elektr. Betr.

Zum Weihnachts-Feste
empfehle 6324
Wein, Rum, Kognak
sowie **Spirituosen**
in jeder Preislage.
Joh. Schwabroh
Fernspr. 1222. **Moisl. Allee 33a.**

Arbeiter-Notiz-Kalender 1913
Reichhaltiger Inhalt — u. a.
Alle für den Arbeiter wichtigen Adressen
Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912
Die deutsche Reichsverfassung
Arbeiterbildung und Bildungsarbeit
Kinderschutzgesetz
Etwas v. Schnapsboykott
Die Gewerkschaften im Jahre 1911
Kalendarium sowie Geschichtskalender, Portotaxe, Notizbuch
Preis gebunden
:: 50 Pfennig ::
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
1 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
55) **Rote Labeca-Marken.**

5652)
Empfehle zum Weihnachtsfeste:
Zigarren, Zigaretten, Kau- u. Rauchtabak
Carl Dose, Zigarrenfabrik, Glorinstraße 16.

Passendes Weihnachtsgeschenk.
Unsere Gesellschaftsspiele
haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. An den langen Winterabenden der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Gänse! Gänse!
In der Markthalle empfehle: 6189
Stand 34/35: Prima holsteinische **Mast-Gänse** das feinste in Qualität, stets zu billigstem Marktpreis.
Stand 36: Ganz besonders preiswert prima russische **Mast-Gänse** 8—12 Pfd. schwer, p. Pfd. **73** Pfg.
Leicht gesalzenes Gänseklein, per Pfd. 55 Pf., Gänsegrieben 50 Pf., Gänseschmalz 1.30 Mk.
Fernr. 2042 **Wilh. Schwarz** Untertrave 100
—— Gänse-Spezialhandlung. ——

Empfehle zu den Festtagen:
Prima jg. dickes fernfettes Rindfleisch Pfd. 80 Pf.
„ Bratenstücke Pfd. 85-90 Pf.
Pr. Kalbfl. Pfd. v. 70 Pf. an
„ kl. Rauchstücke Pfd. 110 Pf.
ff. Aufschnitt
sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen. 6373
H. Schmalfeldt
Schlachterei und Wurstmacherei
Reiferstraße 26, Ecke Warendorpstraße. Telephon 2152.

Empfehle für die Festtage:
Prima Ochsenbraten — Kasseler Rippespeer
„ Kalbsbraten — Geräucherte Nacken
„ Schweinebraten — Kleine Rauchstücke
„ halbgeräucherte Schinken, 5—15 Pfd. schwer.
Besonders mache ich auf meine große Auswahl in
ff. Aufschnitt und sämtlichen Wurstwaren
aufmerksam. 6339
H. Spangenberg
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren,
Schwartauer Allee 59, Ecke Ludwigstraße.

Prima halbger. Schinken
„ ger. Nacken
„ „ Schweinsköpfe
„ Rippespeer
„ kl. Rauchstücke
„ ff. Aufschnitt 6372
in verschiedenen Preislagen.
H. Kronsbein
Travelmannstraße 26—28. Fernsprecher 1439.
Hansastraße 95. Fernsprecher 2182.

Empfehle zu den Festtagen: 6201
Pa. Kasseler Rippespeer, pa. geräuch. Nacken, kl. Rauchstücke, halbgeräucherten Schinken, Rippen zum Füllen, sowie sämtlichen Aufschnitt in bester Qualität.
Oskar Keil
Schlachterei und Wurstmacherei mit elektrischem Betrieb.
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhoffstraße. Fernspr. 1447.

Ia. Wal- und Haselnüsse, Traubrosinen, Feigen, Datteln, Krachmandeln,
Tannenbaum-Schmuck
Baumlichte, Lichthalter, Lametta, Eistau, Eau de Cologne.
Kartonnagen mit Seife und Parfüm.
Holsten-Drogerie
Jürgen Runge, Lübeck
Moislinger Allee 6a.
Fernsprecher 2375.

Diese Woche Montag
Eimerbier.
6350 **H. Bade.**

Empfehle zum Feste: 6388
Prima kernfettes, dickes, junges Rindfleisch . Pfd. **75**₰
„ Bratenstücke . . Pfd. 85₰
„ Filet . . . . . Pfd. 1.40ℳ
„ Beefsteak . . . Pfd. 1.20ℳ
„ fettes Kalbfleisch Pfd. 80₰
„ Keule . . . . . Pfd. 1.00ℳ
„ Kalbfleisch . . . Pfd. 70₰
„ Keule . . . . . Pfd. 80₰
„ Schweinebraten Pfd. 95₰
„ Hammelbraten Pfd. 95₰
sowie sämtliche **Wurstsorten**
zu billigsten Tagespreisen.
Paul Boldt, Wahmstr. 22
Schlachterei und Wurstmacherei mit elektr. Betrieb. Fernsprecher 2133.

Empfehle zum Feste:
Ochsen-, Kalb- u. Schweine-Braten. 6382
Spezialität: Weihnachtsgerichte.
Kasseler Rippespeer
kleine Rauchstücke
und diversen Aufschnitt
in vorzüglichem Geschmack
Erich Helm
Fleischhauerstraße 54.

Empfehle zum Feste:
Prima Ochsenfleisch
Prima Schweinefleisch
Dicke Rippen zum Füllen
Prima fettes Kalbfleisch v. 90₰ an
Prima Kalbfleisch von 60₰ an
Kleine Rauchstücke 1.10ℳ
Ger. Nacken 1.20ℳ
ff. Aufschnitt
Hans Gerds,
Elswigstraße 1a. 6374

Zum Weihnachtsfeste
empfehle (6381
sämtliche Fleischwaren
zu Tagespreisen.
K. Jürgensen,
Schlachterei,
Telephon 2124. Hüxstraße 79.

Zum Weihnachts-Feste
empfehle (6369
Pa. Kalbsbraten Pfd. 80 u. 90₰
„ Ochsenbraten Pfd. 80 u. 90₰
„ Schweinebraten Pfd. 1.00
„ Scheibenbeefsteak Pfd. 1.20
„ fettes Suppenfl. Pfd. 75 u. 80₰
sowie alle Wurstsorten
zu den billigsten Tagespreisen,
Hermann Atmer,
6369) **Königstr. 48b.**

Prima leb. holst. Karpfen
ca. zweipfündig, Pfund 90 Pf.
Lebende Brachsen, billigst.
H. Rossbach (6335
Fackenb. Allee 19b, b. d. Kirchenstr.

Emilie Boy,
Königstr. 61
Markthalle Std. 46. Fern. 1811.
Feinste Fischkarbonade Pfd. 50 Pf., Seelachs, Kabeljau, Rotzungen, lebende Karpfen, Hechte, Brachsen, Goldfische, Pfahlmuscheln. 6371